

Antrag 001: Das Programm der Freien Demokraten zur Bundestagswahl 2025

Antragsteller/-in:	Bundesvorstand der Freien Demokraten
Status:	zugelassen

Der Bundesvorstand möge beschließen:

1

Inhalt

2 **I. Präambel: Alles lässt sich ändern**

3 **II. Weltbeste Bildung für selbstbewusste Bürger**

4 a. Große Chancen für die Kleinsten: Frühkindliche Bildung stärken

5 b. Moderne und selbstständige Schulen – bessere Bildungschancen für alle

6 c. Berufliche Bildung und lebenslanges Lernen stärken

7 d. Exzellente Rahmenbedingungen für Studium, Forschung und Innovationen

8 e. Vielfältige Kunst und Kultur

9 **III. Wohlstand und Aufstiegschancen für die Zukunft sichern**

10 a. Bürokratie-Burnout beenden

11 b. Ein Steuersystem, das Leistung und Investition belohnt

12 c. Bezahlbare Energie für Bürger und Betriebe

13 d. Ein modernes Arbeitsrecht für eine moderne Arbeitswelt

14 e. Für soziale Sicherungssysteme, die Lust auf Leistung machen

15 **IV. Selbstbestimmt in allen Lebenslagen**

16 a. Grundrechte und Rechtsstaat bewahren

17 b. Offene Gesellschaft und liberale Demokratie

18 c. Für eine neue Realpolitik in der Migration

19 d. Liberale Politik für selbstbestimmte Frauen

20 e. Modernes Recht und faire Chancen für Familie und Senioren

21 f. Freude an Erfolg und Verantwortung durch Sport und starkes Ehrenamt

22 g. Beste Gesundheit und Pflege für die Zukunft sichern

23 **V. Für einen schlanken Staat, der funktioniert**

24 a. Solide Staatsfinanzen

25 b. Weniger Subventionen und mehr Markt

26 c. Mit einer Föderalismusreform den Staat modernisieren

27 d. Ein agiler Staat für ein modernes Land

28 e. Umfassende Digitalisierung der Verwaltung

29 **VI. Nachhaltigkeit, Innovation und Infrastruktur**

30 a. Umwelt- und Klimaschutz durch Innovation und Marktwirtschaft

b. Bessere Infrastruktur und technologieneutrale Mobilität

c. Mehr Bauen und besseres Wohnen

d. Unternehmerische Landwirtschaft

VII. Freiheit, Sicherheit und Menschenrechte weltweit

a. Verteidigungsfähigkeit ausbauen

b. Für kluge Außenpolitik im Zeitalter systemischer Rivalität

c. Deutschland und Israel

d. Deutschland in der Europäischen Union

e. Mehr Freihandel wagen

I. Präambel: Alles lässt sich ändern

Wir alle spüren es: Wie es ist, kann es nicht bleiben. Denn wir können uns nicht damit zufriedengeben, dass Arbeitsplätze und Wohlstand in Gefahr sind. Dass sich Eltern und Großeltern darum sorgen, ob die Bildungs- und Aufstiegschancen ihrer Kinder und Enkelkinder noch so gut sind wie ihre eigenen. Dass innere und äußere Sicherheit herausgefordert sind wie seit langem nicht mehr. Dass die irreguläre Migration immer noch nicht ausreichend unter Kontrolle gebracht ist. Dass wichtige Wertentscheidungen wie Demokratie, Grundrechte und Soziale Marktwirtschaft nicht mehr selbstverständlicher Konsens sind. Dass eine zunehmende Polarisierung die Offenheit und Toleranz unserer Gesellschaft gefährdet. Dass sich immer mehr Menschen ins Privatleben zurückziehen, statt sich als selbstbewusste Staatsbürgerinnen und Staatsbürger mit ihrer eigenen Meinung an den Debatten um die Zukunft unseres Landes zu beteiligen. Dass sich im Land des Holocaust wieder Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit in unerträglicher Art und Weise ausbreiten. Damit wollen und damit dürfen wir uns nicht abfinden. Die gute Nachricht ist: Das alles lässt sich ändern.

Denn: Alles lässt sich ändern.

Wir Freie Demokraten wollen ein Deutschland, das wieder an seine Stärken anknüpft. Denn wir wissen, welche Energie in unserem Land steckt. Dafür gibt es heute 84 Millionen gute Gründe. Denn immer wieder haben die Menschen in unserem Land erstaunliche Kraft bewiesen. Diese Kraft erwächst aus Tatendrang, Optimismus und lohnenden Zielen. Wir müssen sie freisetzen. Weil wir ein Leben in Freiheit und Wohlstand wollen. Weil wir in Frieden und Sicherheit leben wollen. Weil wir wollen, dass sich Leistung und Anstrengung lohnen. Weil wir einen Staat wollen, der dort funktioniert, wo er wirklich gebraucht wird, aber nicht in alle Details des täglichen Lebens hineinregiert.

Der beste Weg, um diese Kraft der Menschen freizusetzen, ist mehr Freiheit für mehr Menschen. Das hat die Geschichte unseres Landes immer wieder gezeigt: Die Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft hat dem westlichen Teil unseres Landes nach dem Zweiten Weltkrieg einen beispiellosen wirtschaftlichen Wiederaufstieg ermöglicht. Die 1970er-Jahre waren ein Jahrzehnt der wirtschaftlichen Stagnation, der Energiekrisen und steigender Schulden. Die marktwirtschaftlichen Reformen nach der politischen Wende von 1982, die die FDP herbeigeführt hat, haben unserem Land wieder zu Wachstum und Wohlstand

74 verholffen. Die mutigen Menschen in Ostdeutschland haben sich 1989 Demokratie und
75 Marktwirtschaft erstritten und den Unterdrückungsapparat der DDR gestürzt. Und
76 im Jahr 2003 hat es eine Bundesregierung mit der Agenda 2010 vermocht, eine
77 Entwicklung anzustoßen, die Deutschland vom kranken Mann Europas wieder zum
78 Wachstumsmotor unseres Kontinents gemacht hat. Das zeigt: Wir können die Dinge
79 zum Besseren wenden. Denn: Alles lässt sich ändern.

80 Eine solche Veränderung zum Besseren ist heute dringend nötig. Für eine Politik
81 des kleinsten gemeinsamen Nenners haben wir keine Zeit mehr. Denn sonst sehen
82 wir nur weiter zu, wie Wohlstand und Lebenschancen auf der Welt zu unseren
83 Lasten neu verteilt werden. Seit der Großen Koalition von 2013 haben sich
84 Regierungen und Mehrheiten nur in Trippelschritten den großen Herausforderungen
85 der Zeit genähert - ohne den Mut für eine strukturelle Stärkung unserer
86 Wettbewerbsfähigkeit und unserer Innovationskraft. Stattdessen gab es die
87 Bereitschaft, einen immer größeren Sozialstaat, immer mehr Subventionen, immer
88 mehr Verschuldung und immer höhere Staatsausgaben in Kauf zu nehmen.

89 Als wir Freie Demokraten klar gemacht haben, dass es endgültig so nicht mehr
90 weitergehen kann, ist die Ampel-Koalition zerbrochen. Jetzt haben die
91 Wählerinnen und Wähler am 23. Februar 2025 die Chance auf eine echte
92 Richtungsentscheidung, um die Phase der Trippelschritte und des kleinsten
93 gemeinsamen Nenners zu beenden. Wir Freie Demokraten bewerben uns für ein Mandat
94 der Veränderung zum Besseren. Um genauer zu beschreiben, wie wir uns diese
95 Veränderung vorstellen, legen wir dieses Programm vor. Denn wir sind überzeugt:
96 Alles lässt sich ändern.

97 **II. Weltbeste Bildung für selbstbewusste Bürger**

98 Deutschlands Zukunft liegt in seinen Menschen – ihren Ideen, ihrem Potenzial und
99 ihrer Freiheit. **Bildung und Forschung sind die wertvollsten Ressourcen unseres**
100 **Landes.** In den letzten Jahren hat es einen Negativtrend im Bildungssystem
101 gegeben. Den wollen wir umkehren. Denn: Alles lässt sich ändern. Bildung muss
102 wieder der Schlüssel für den persönlichen Aufstieg und ein selbstbestimmtes
103 Leben sein – unabhängig von sozialer Herkunft, Alter, Geschlecht,
104 Bildungshintergrund der Eltern und Wohnort. Neue globale Herausforderungen und
105 der rasante gesellschaftliche Wandel verlangen einen echten Paradigmenwechsel in
106 unserem Bildungssystem. Wir müssen Bildung ganzheitlich denken – von der Krippe
107 zum Kindergarten, über Schulen, Berufsschulen und Hochschulen bis zu Angeboten
108 für ein lebenslanges Lernen. Exzellenz ist für uns Freie Demokraten ein klares
109 Ziel. Talent, Leidenschaft und Hingabe bedingen Innovationen und
110 wissenschaftlichen Fortschritt. Der Forschungsstandort Deutschland braucht mehr
111 Qualität, Vernetzung, Chancengerechtigkeit und Exzellenz. Mit mehr
112 Wissenschaftsfreiheit und optimale Rahmenbedingungen ist alles möglich.

113 **a. Große Chancen für die Kleinsten: Frühkindliche Bildung stärken**

114 Wir Freie Demokraten sehen frühkindliche Bildung als den Grundstein einer
115 Gesellschaft, die ihr volles Potenzial entfalten kann. Hier wollen wir gezielter
116 und effektiver ansetzen. Lebenslanges Lernen beginnt bereits im Sandkasten,
117 nicht erst in der Schule.

Qualität der frühkindlichen Bildung verbessern

Wir Freie Demokraten wollen die **frühkindliche Bildung** durch **bundeseinheitliche Kita-Qualitätsstandards** fördern. Diese umfassen insbesondere einen bedarfsgerechten Betreuungsschlüssel, der pädagogische Arbeit, administrative Aufgaben und Ausfallzeiten einberechnet, den Abbau überflüssiger Bürokratie und den Einsatz von multiprofessionellen Teams zur Entlastung des Erziehungspersonals. So stellen wir verlässliche Betreuungszeiten und eine hohe Betreuungsqualität sicher. Außerdem wollen wir **die Kindertagespflege** als eine weitere Säule der Kindertagesbetreuung stärken. Die Verantwortung für die Kitas überführen wir vom Familien- in das Bundesbildungsministerium, um eine ganzheitliche Verantwortung für den Bildungsweg von der Kita bis zum Bildungsabschluss in einer Hand zu gewährleisten. Durch ein **Startchancen-Programm für Kitas** soll zusätzlich unterstützt werden, wo ein hoher Anteil sozial benachteiligter Kinder oder ein akuter Kita-Platzmangel vorhanden ist. Auch der MINT-Förderung wollen wir mehr Raum in der frühkindlichen Bildung geben.

Sprache eröffnet Chancen: Früh fördern, lebenslang profitieren

Um die Sprachkompetenzen optimal zu fördern, wollen wir **bundesweit verpflichtende und altersgerechte Sprachtests für alle Kinder im Vorschulalter**. Zudem erhalten die Kitas Mittel, um die vorschulische Sprachförderung und den Übergang zur Schule zu gestalten. Die Einschulung soll erst dann erfolgen, wenn Deutschkenntnisse ausreichen, um dem Unterricht ordnungsgemäß folgen zu können. Dazu müssen in vorgelagerten Schuleingangsuntersuchungen Sprachstandserhebungen erfolgen. Bei Förderbedarf soll eine **verpflichtende Sprachförderung für mindestens zwei Jahre** vor Beginn der Schulpflicht folgen.

Qualifizierte Ausbildung für starke Kita-Teams

Der Erfolg frühkindlicher Bildung hängt maßgeblich von seinem pädagogischen Personal ab. Zur **Bekämpfung des Fachkräftemangels** wollen wir die pädagogischen Aus-, Fort- und Weiterbildung grundlegend modernisieren. Indem wir die **Erzieheraus- und Weiterbildung generell schulgeldfrei stellen (zu konsentieren)** und **angemessen vergüten** und die **Ausbildungskapazitäten der Länder erhöhen**, ermöglichen wir mehr Menschen den Zugang zur Ausbildung. Wir modularisieren die Ausbildung, um die **Ausbildungsqualität bundesweit auf ein hohes einheitliches Niveau** anzuheben.

b. Moderne und selbstständige Schulen – bessere Bildungschancen für alle

Nicht erst die schlechten PISA-Ergebnisse zeigen: In Zeiten rasanten gesellschaftlichen Wandels braucht es einen echten Paradigmenwechsel im Bildungssystem. Mit dem Startchancen-Programm haben wir erste große Schritte gemacht. Darauf müssen wir aufbauen.

Ein Bildungsföderalismus auf der Höhe der Zeit

Wir können uns den Kompetenzkampf zwischen Bund und Ländern nicht länger erlauben. Dadurch verpassen wir, das Bildungssystem zu schaffen, das unsere Kinder verdienen. Wir Freie Demokraten fordern daher eine **grundlegende Reform**

des Bildungsföderalismus, die einheitliche Standards und eine stärkere Rolle des Bundes in der Bildung möglich macht und in deren Rahmen die Finanzverteilung zwischen Bund und Ländern so geändert wird, dass der Bund die raus nötigen Finanzierungsverpflichtungen übernehmen kann. Bis zur entsprechenden Umsetzung unterstützt der Bund in Ausnahmen im Rahmen der Kompetenzzuweisung des Grundgesetzes Vorhaben höchstens hälftig, der Länderanteil muss dem strikten Grundsatz der Zusätzlichkeit (also neue Mittel) folgen. Darüber hinaus sollen Kooperationen zwischen dem Bund auch nur mit einem Teil der Länder ermöglicht werden. Wir wollen die Kultusministerkonferenz (KMK) als Entscheidungsgremium abschaffen und durch ein geeignetes Gremium aus Wissenschaftlern, Praktikern, Eltern- und Wirtschaftsvertretern ersetzen. Wir wollen unter Wahrung der bestehenden Finanzierungsverantwortung für Bildung **einheitliche bundesweite Qualitätsstandards für Bildung von Kindern ab der Kita bis zum Schulabschluss** schaffen. Durch **einheitliche Abschlussprüfungen (Deutschland-Abitur)** stellen wir die **bundesweite Vergleichbarkeit von Schulabschlüssen** sicher. Wir sprechen uns für eine Notenpflicht spätestens ab der dritten Klasse aus. Wir setzen uns für moderne außerschulische Lernorte ein – beispielsweise sogenannte Schülerlabore, Maker-Spaces und TUMO-Zentren. Wir wollen KI-gestützte und adaptive Lernmethoden in den Schulalltag integrieren, indem wir analog zum GovTech-Campus einen Campus für Bildungsinnovationen schaffen. Dieser vernetzt Bundesländer und Kommunen mit innovativen Akteuren der Tech-Szene und der angewandten Forschung.

Sanierungsoffensive und mehr Autonomie für die Schulen

Nicht nur unser Bildungssystem braucht ein Update, auch viele unserer Schulen sind Sanierungsfälle. Wir Freie Demokraten fordern daher die **Sanierung der Schulgebäude** in Deutschland. Dies wollen wir durch einen einmalig mit einem von den Ländern aufgesetzten **Strukturfonds „SOS-Sanierungsoffensive Schule“** angehen. Durch einen **Digitalpakt 2.0 von Bund und Ländern** wollen wir die **technische Modernisierung der Schulen vorantreiben** und **digitale Lehre in der Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte** verankern. Die vorliegende Einigung zwischen Bund und Ländern ist eine vertane Chance, weil die Länder kaum zusätzliche Mittel beisteuern. Wir wollen den Schulen mehr pädagogische, personelle und finanzielle Kompetenzen einräumen. Dazu sollen alle ein **frei einsetzbares Chancenbudget** erhalten. Damit können Schulen eigenständig über die Organisation der Bildungselemente, ihr Schulprofil, den Einsatz multiprofessioneller Teams, aber auch über Personalentscheidungen und die Länge der gymnasialen Laufbahn (G8/G9) entscheiden.

Moderne Lehrpläne und exzellente Lehrkräfte

Schulen brauchen **exzellente Lehrkräfte**. Mit **attraktiveren Arbeitsbedingungen**, einer **praxisnahen Aus- und Fortbildung**, einer **leistungsorientierten Bezahlung** und **attraktiven Aufstiegsmöglichkeiten** wollen wir mehr Freiräume im Lehrberuf schaffen. Die Lehrausbildung wollen wir bundesweit zu einem **dualen Lehramtsstudium** weiterentwickeln, das Theorie und Praxis eng miteinander verzahnt und einen stärkeren Fokus auf digitale und KI-Kompetenzen legt. Eine **bundesweite Mobilitätsgarantie** soll es Lehrkräften vereinfachen, das Bundesland zu wechseln.

Zugleich wollen wir die **Lehrpläne modernisieren**: Wir Freie Demokraten fordern

mehr Raum für wirtschaftliche und finanzielle Bildung, MINT-Themen, Demokratie und Politik sowie Medienkompetenz. Wir setzen uns insbesondere für die bundesweite Einführung der Schulfächer Wirtschaft und Informatik ein. In der Schule muss außerdem auch die Auseinandersetzung mit den verschiedenen Formen von Menschenfeindlichkeit wie dem Antisemitismus intensiviert werden. Dazu gehört der verpflichtende Besuch einer Gedenkstätte der Deutschen Teilung, einer Holocaust-Gedenkstätte und einer Synagoge, die Auseinandersetzung mit der Geschichte Israels sowie die Thematisierung aller Formen des Antisemitismus.

c. Berufliche Bildung und lebenslanges Lernen stärken

Wir Freie Demokraten wollen mehr junge Menschen für die berufliche Bildung gewinnen. Dazu wollen wir die Exzellenzinitiative Berufliche Bildung weiterentwickeln. Die Angebote zur Berufsorientierung, wie z. B. Azubi-Botschafter, Frauen in MINT-Berufen, und Jugendberufsagenturen wollen wir stärken. Zudem wollen wir analog zum FSJ ein berufliches Orientierungsjahr schaffen und SBB-Stipendien sowie Azubi-Stipendien ausbauen. Zur Stärkung der internationalen Berufsbildungsmobilität etablieren wir einen Deutschen Beruflichen Austauschdienst (DBAD). Wir Freie Demokraten wollen in der sich stark verändernden Arbeitswelt mehr selbstbestimmte Bildungsmobilität ermöglichen. Das Aufstiegs-BAföG bauen wir zielgerichtet aus und ermöglichen die Förderung einer zweiten Fortbildung auf derselben Stufe. Im öffentlichen Dienst soll die Anerkennung beruflicher Ausbildungen und praktischer Erfahrungen verbessert werden. Die Anerkennung im Ausland erworbener Abschlüsse wollen wir beschleunigen und durchgehend digitalisieren.

Für uns Freie Demokraten endet Lernen nicht mit dem Schul-, Hochschul- oder Berufsabschluss. Wir sehen Lernen als den lebenslangen Prozess an und wollen diesen fördern. Dafür möchten wir den Zugang zu kleineren, flexiblen Bildungszertifikaten erleichtern. Zur Finanzierung von Kursgebühren, bildungsbedingten Auszeiten und Kinderbetreuung wollen wir ein neues „Lebenschancen-BAföG“ einführen. Ein persönliches Freiraumkonto soll das steuer- und abgabenfreie Ansparen für Weiterbildungsangebote und Bildungsauszeiten ermöglichen. (zu konsentieren)

d. Exzellente Rahmenbedingungen für Studium, Forschung und Innovationen

Deutschland muss einer der Top-Standorte für Forschung, Studium und Innovation sein. Um uns im internationalen Wettbewerb zu verbessern, brauchen wir mehr Wissenschaftsfreiheit und eine Hochschulbildung unabhängig vom Elternhaus. Dual-Use-Forschung und die enge Zusammenarbeit mit der Wirtschaft sind für einen starken Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort unverzichtbar.

Studium und interkulturellen Austausch elternunabhängig ermöglichen

Die Wahl des Studiums darf nicht von den Voraussetzungen des Elternhauses abhängig sein. Daher wollen wir das BAföG zu einem elternunabhängigen Baukasten-System weiterentwickeln. Das Bildungskreditprogramm wollen wir bereits kurzfristig stärken und ausbauen.

Wir verbinden Chancengerechtigkeit im Bildungssystem mit globaler Vernetzung und

lebenslangem Lernen. Interkultureller Austausch ist die beste Voraussetzung für Weltoffenheit und Dialog. Das Erasmus-Programm befürworten wir daher sehr. Auch **Schülerinnen und Schüler sollen künftig von „Erasmus+“ profitieren** und unabhängig vom Einkommen der Eltern **sechs Monate der Schulzeit im europäischen Ausland** absolvieren können. Auch die Programme „Erasmus+“ und „Ausbildung Weltweit“ für Auszubildende wollen wir ausbauen.

Neue Ideen, neue Chancen: Wissenschaft als Schlüssel zur Zukunft

Exzellente öffentliche und private Forschung sind für uns Freie Demokraten ein klares Ziel. Nur wenn wir die besten Ideen und Innovationen entwickeln, können wir Wohlstand steigern. Um im internationalen Wettbewerb mithalten zu können, brauchen wir **Wissenschaftsfreiheit** und **optimale Rahmenbedingungen**. Deshalb möchten wir **den gesamten Forschungsprozess stärken** – von der Grundlagenforschung über die angewandte Forschung bis hin zum Transfer in die Privatwirtschaft. Wir wollen Kräfte durch Public Private Partnerships bündeln. Deutschland muss wieder ein **attraktiver Standort für Spitzenforscher** werden. Die Deutsche Agentur für Transfer und Innovation muss zügig gegründet werden. Denn wir befinden uns auch in der Wissenschaft in einem neuen Systemwettbewerb. Die Zukunftsstrategie Forschung und Innovation muss konsequent vorangetrieben und weiterentwickelt werden. Wir wollen in Deutschland durch exzellente Fusionsforschung die Voraussetzungen für den Bau von **Fusionskraftwerken** schaffen, den **Rechtsrahmen für Gentechnologie reformieren** und **die Stammzellenforschung stärken**. Im Gesundheitsbereich wollen wir einen verstärkten Fokus auf **neurodegenerative Erkrankungen** wie Alzheimer und Parkinson sowie auf **frauenspezifische Gesundheitsbereiche** legen. Wegen der demographischen Entwicklung wollen wir auch die **gerontologische Forschung** **besonders fördern**. Deutschlands **Spitzenposition in der physikalischen Grundlagenforschung und Quantenphysik** wollen wir sichern.

Zeitenwende in der Wissenschaft

Russlands Krieg in der Ukraine hat uns deutlich gemacht, dass wir auch eine **Zeitenwende in der Forschung und Lehre** benötigen, um technologisch gegen Aggressoren bestehen zu können. Zivilklauseln lehnen wir als unverhältnismäßigen Eingriff in die **Forschungsfreiheit** einzelner Forscherinnen und Forscher ab. Deshalb fordern wir die Streichung der Zivilklauseln aus den Landeshochschulgesetzen und fordern den Abbau dieser im Rahmen der Wissenschaftsfreiheit. Wir wollen eine **europäische DARPA (Defense Advanced Research Projects Agency)** entwickeln, eine agile **Verteidigungsforschungsanstalt** nach amerikanischem Vorbild, die sich auf den Technologietransfer zwischen **Militär und Wissenschaft** sowie auf die Förderung von Forschungsprojekten mit militärischen oder Dual-Use-Anwendungen konzentriert. Wir wollen Deutschland zu einem der **stärksten Standorte für künstliche Intelligenz** in der Welt machen. Der wichtigste Standortfaktor ist dabei die Verfügbarkeit von Trainingsdaten. Den **europäischen AI-Act** wollen wir in der **Umsetzung deutlich innovationsfreundlicher gestalten**. Einen **vereinfachten Zugang zu Forschungsdaten** wollen wir über ein **Forschungsdatengesetz** rechtssicher ermöglichen.

e. Vielfältige Kunst und Kultur

Kultur inspiriert liberale Debattenkultur und ist Ausdruck gelebter

Individualität. Kultur soll allen Menschen offenstehen. Wir setzen uns dafür ein, **Kultur als Staatsziel im Grundgesetz** zu verankern. Die **Kultur- und Kreativwirtschaft** als eine der wichtigsten Wirtschaftszweige Deutschlands wollen wir durch hervorragende Rahmenbedingungen weiter unterstützen. Wir wollen die Vielfalt der Kultur in der Kulturpolitik leben. Deshalb setzen wir uns für die Aufhebung von E- und U-Kultur ein. Die **Popkultur** ist mehr als Unterhaltung. Das kreative Potential der Popkultur ist Mainstream und Innovation in einem. Daher setzen wir uns für einen zeitgemäßen Kulturbegriff ein, der u.a. das Design, Comics und Games einschließt. Um Künstler und Kreative zu stärken, wollen wir das bestehende Schutzniveau beim **Urheberrecht** erhalten.

Wir Freie Demokraten sehen in der **auswärtigen Kultur- und Gesellschaftspolitik (AKGP)** die Aufgabe und Chance, über starke Partnerschaften deutsche und europäische Werte in andere Länder zu tragen. Dazu wollen wir die **Goethe-Institute weiter fördern** und ihre digitalen Angebote ausbauen. Wir wollen den Menschen durch Vermittlung von Bildung und Kultur selbst dazu befähigen, Demokratie, Freiheit und Wohlstand zu stärken. Ebenso ist die AKGP ein wichtiger Bestandteil beim Aufbau belastbarer Beziehungen. Wir wollen zudem die Gründung eines **EU-weiten Kulturfonds für den Denkmalschutz** nach dem Vorbild des „National Trust“ in Großbritannien initiieren. Langfristig soll sich der „**European National Trust**“ zu großen Teilen über Mitgliedsbeiträge, Einnahmen aus Eintritt und gewerblichen Betrieb selbst finanzieren.

III. Wohlstand und Aufstiegschancen für die Zukunft sichern

Unser Land hat große Stärken: Innovationskraft und geistiges Eigentum, hochqualifizierte Beschäftigte, ein kapitalstarker Mittelstand und eine industrielle Basis, die ihre Anpassungsfähigkeit schon oft bewiesen hat. Doch diese Stärke liegt in Fesseln: zu viel Bürokratie und Regulierung, ein leistungsfeindliches Steuersystem, Arbeitskräftemangel und zu hohe Energiepreise schmälern unsere Wettbewerbsfähigkeit. Das alles kostet uns Wohlstand, verhindert sozialen Aufstieg und stärkt die politischen Ränder. Das wollen und können wir ändern. Um eine echte Wirtschaftswende einzuleiten, sind tiefgreifende und strukturelle Reformen notwendig. Wir brauchen Wachstum und bessere Angebotsbedingungen, damit das Land nicht in Pessimismus und Verteilungskämpfe abrutscht. Deutschland kann wieder eine führende Wirtschaftsnation werden, wenn wir Mut zu Veränderungen zeigen. Unser Ziel: Wohlstand und Aufstiegschancen für alle sichern. Damit der Optimismus zurückkehrt und Deutschland auch noch in zehn Jahren ein wohlhabendes und starkes Land sein wird.

a. Bürokratie-Burnout beenden

Deutschland steckt im Bürokratie-Burnout. Bürger, Betriebe und selbst Behörden sind so erschöpft von den vielen Berichtspflichten, Vorschriften und Formularen, dass sie sich kaum mehr um ihre eigentlichen Aufgaben kümmern können. Die Bürokratie ist zudem ein Misstrauensvotum des Staates gegenüber Bürgern und Betrieben. Das verleidet vielen die Lust am Machen und schwächt die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft. Gerade kleine und mittlere Unternehmen

341 sowie Familienunternehmen leiden unter der Bürokratie. Deshalb ist
342 Bürokratieabbau ein Konjunkturprogramm zum Nulltarif.

343 **Bürokratieabbau in Deutschland**

344 Wir Freie Demokraten fordern ein **sofortiges** dreijähriges **Moratorium für**
345 **Bürokratie**: In dieser Zeit dürfen keine neuen Regularien beschlossen werden, die
346 für Unternehmen zu neuen bürokratischen Belastungen führen, es sei denn, sie
347 sind vorher in gleichem Umfang abgebaut worden. Wir wollen ein **bürokratiefreies**
348 **Jahr für Betriebe**, in dem sie keine Berichtspflichten erfüllen müssen. Es muss
349 jedes Jahr ein **Jahresbürokratieentlastungsgesetz** geben, um einen **Abbau-Pfad für**
350 **überflüssige Regelungen zu schaffen**. Mit einer **Bürokratiebremse im Grundgesetz**
351 verankern wir den Bürokratieabbau in unserer Verfassung. Wir wollen
352 sicherstellen, den **Erfüllungsaufwand** für Betriebe im Saldo **um mindestens sechs**
353 **Milliarden Euro pro Legislaturperiode zu reduzieren**.

354 Wir wollen eine echte **Entrümpelung des Bundesrechts**. Denn nur durch eine
355 **Bereinigung und Konsolidierung** schaffen wir eine Grundlage, die Bürokratie
356 abbaut, Handlungsspielräume erweitert und unsere Wettbewerbsfähigkeit stärkt.
357 **Veraltete, widersprüchliche und unnötig komplexe Gesetze müssen abgeschafft**
358 **werden**. Wir wollen **Gesetze mit einer Sunset-Clause häufiger zeitlich befristen**.
359 Das bedeutet, dass eine Regelung automatisch außer Kraft tritt, wenn sie nicht
360 aktiv verlängert wird. Bürokratie-Monster, wie etwa die **Bonpflicht**, wollen wir
361 **ersatzlos streichen**. Betrieben dürfen sich nicht länger mit Papierkram
362 rumschlagen müssen. Deshalb wollen wir, dass **die Schriftform zur Ausnahme wird**.
363 Die Aufbewahrungsfrist für Buchungsbelege wollen wir auf fünf Jahre absenken.

364 Auch im **Datenschutz** ist Bürokratieabbau **dringend notwendig**. Wir Freie Demokraten
365 wollen die **Datenschutzaufsicht vereinheitlichen** und so für eine einheitliche
366 Auslegung und Anwendung des Datenschutzrechts sorgen. In Deutschland sorgen die
367 Datenschutzaufsichtsbehörden **der Länder und des Bundes** dafür, dass
368 Datenschutzrecht **ausgelegt und durchgesetzt** wird. Das sind 17 unterschiedliche
369 Stellen, die **teilweise zu verschiedenen** Ergebnissen kommen. Das schafft für
370 Unternehmen großen bürokratischen Aufwand, Rechtsunsicherheit und
371 Wettbewerbsnachteile. Wir wollen das Grundgesetz so ändern, dass **Bund und Länder**
372 **effektiv zusammenarbeiten** und die **Datenschutzkonferenz verbindliche Beschlüsse**
373 **fassen kann**.

374 Wir Freie Demokraten wollen das **Vergaberecht drastisch vereinfachen**. Die
375 **Komplexität der Vergabeverfahren** ist inzwischen eine große Belastung für
376 **Behörden und Betriebe**. Gerade kleine und mittlere Unternehmen sowie
377 Familienunternehmen leiden unter den vielen bürokratischen Hürden. Deshalb
378 **braucht** es eine **Entrümpelung des Vergaberechts**. Wir fordern, die Wertgrenze für
379 **Direktaufträge auf 100.000 Euro anzuheben**. Berichts-, Dokumentations- und
380 **Nachweispflichten** wollen wir drastisch reduzieren. Die Berücksichtigung von
381 **vergabefremden Kriterien bei der Auftragsvergabe** lehnen wir ab.

382 **Weniger Bürokratie aus Brüssel – Überfällige Trendwende einleiten**

383 Die EU-Kommission ist mittlerweile Hauptquelle der Bürokratie. Deshalb muss es
384 ein **striktes Gold Plating-Verbot** geben, das heißt: Europäische Richtlinien
385 dürfen nur 1:1 in deutsches Recht umgesetzt werden. Noch wichtiger ist, dass

bürokratische EU-Rechtsakte in Brüssel abgeschafft werden. Berichtspflichten aus dem „Green Deal“ der EU-Kommission wollen wir abschaffen. Dafür setzen wir uns auf europäischer Ebene mit Nachdruck ein. Denn Regelungen wie die EU-Taxonomie, die EU-Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung (Corporate Sustainability Reporting Directive), die **EU-Lieferkettenrichtlinie** (Corporate Sustainability Due Diligence Directive) oder der **Aktionsplan für Kreislaufwirtschaft** sorgen nicht für mehr Klimaschutz und Nachhaltigkeit, sondern in erster Linie für Frust in den Betrieben. Insbesondere der Mittelstand kann den bürokratischen Aufwand häufig kaum noch bewältigen. Das wollen wir ändern und den Bürgern und Unternehmen wieder das Vertrauen schenken, das sie verdienen. Wir treten für die **die vollständige Abschaffung der oben genannten Regelungen des Green Deal ein. Die Erweiterung der bestehenden Taxonomie um eine Sozial-Taxonomie lehnen wir strikt ab. Auf EU-Ebene braucht es ein System verbindlicher Erfassung von Bürokratiekosten, um ehrgeizige und messbare Ziele für den Bürokratieabbau vorzugeben.**

b. Ein Steuersystem, das Leistung und Investition belohnt

Ein gerechtes, effizientes und einfaches Steuersystem ist zentral, um Leistungsgerechtigkeit und den Standort Deutschland im internationalen Wettbewerb zu stärken. Bürgerinnen und Bürger, die täglich arbeiten gehen, haben mehr Netto vom Brutto verdient. Leben, Arbeiten und Investieren müssen sich lohnen in Deutschland. Wir brauchen einen attraktiven und starken Kapitalmarkt, der mehr Investitionen und Innovationen in Deutschland möglich macht.

Für eine faire Einkommensbesteuerung

Wer von seiner eigenen Hände Arbeit lebt, wird in Deutschland hoch besteuert. Der Anreiz, zusätzliche Arbeit aufzunehmen, ist zu gering. Wir können unseren Wohlstand langfristig aber nur erhalten, wenn wir auch mehr arbeiten. Wir müssen Arbeit deshalb wieder attraktiver machen. Dazu wollen wir stufenweise einen **linear-progressiven Chancentarif in der Einkommensteuer** einführen, der den Mittelstandsbauch vollständig beseitigt. Den **Grundfreibetrag wollen wir um mindestens 1.000 Euro anheben**. Damit stärken wir das Lohnabstandsgebot, also dass es Menschen mit Erwerbsarbeit deutlich besser gehen muss als mit Transfereinkommen, und stellen sicher, dass sich Arbeit lohnt. Um **zusätzliche Arbeitsanreize** zu schaffen, wollen wir Zuschläge für **Überstunden bei Vollzeitarbeit von der Lohnsteuer befreien**. Der **Spitzensteuersatz** darf künftig nur noch von Menschen gezahlt werden, die auch wirklich spitzenmäßig verdienen und nicht schon von der Mitte der Gesellschaft. Konkret fordern wir, dass sich der **Spitzensteuersatz** künftig an der aktuellen Beitragsbemessungsgrenze der Rentenversicherung orientiert. Damit greift der Spitzensteuersatz nicht mehr schon ab einem Jahreseinkommen von gut 68.000 Euro, sondern **erst ab 96.600 Euro**. Darüber hinaus wollen wir den **Solidaritätszuschlag vollständig abschaffen**. Denn er hat sich mittlerweile zu einer Strafsteuer für den Mittelstand entwickelt. Damit der Staat nicht zum Profiteur von Inflation und der Steuerzahler nicht Opfer der Kalten Progression wird, wollen wir die Freibeträge und Eckwerte der Einkommensteuer automatisch an die allgemeine Preisentwicklung anpassen (**Tarif auf Rädern**). Auch die **Freibeträge der Erbschaft- und Schenkungssteuer** müssen

431 **automatisch um die Inflationsrate erhöht** werden. Wir lehnen jede Form einer
432 Vermögensteuer oder Vermögensabgabe ab. Familien sind das Rückgrat unserer
433 Gesellschaft und gehören gestärkt. Dazu wollen wir das **Ehegattensplitting**
434 **familienfreundlich weiterentwickeln**. Um Familien und Alleinerziehende stärker zu
435 entlasten, wollen wir die **steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten** und
436 gesetzlichen Unterhaltsleistungen verbessern.

437 **Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie Familienunternehmen entlasten**

438 Wir Freie Demokraten wollen die Besteuerung vor allem für kleine und mittlere
439 Unternehmen sowie Familienunternehmen einfacher machen und sie so entlasten. So
440 sollen mehr Unternehmen als bisher die Möglichkeit zur **Ist-Besteuerung bei der**
441 **Umsatzsteuer** und zur vereinfachten Gewinnermittlung erhalten. **Kleinunternehmen**
442 **erhalten ein Wahlrecht auf Abzug einer prozentualen Betriebsausgabenpauschale.**
443 Wir **erhöhen die Sofortabschreibungsgrenze für geringwertige Wirtschaftsgüter** und
444 **erweitern die Sammelabschreibung für Wirtschaftsgüter**, deren Wert über der
445 Sofortabschreibungsgrenze liegt.

446 Gastronomische Angebote müssen bezahlbar bleiben. Ein **reduzierter Umsatzsteuer-**
447 **Satz für Speisen in der Gastronomie** gilt in 23 EU-Mitgliedstaaten und sollte
448 auch in Deutschland gelten. Ein einheitlicher Umsatzsteuersatz von 7 Prozent auf
449 Speisen, egal ob vor Ort oder zum Mitnehmen, würde nicht nur den Kunden, sondern
450 auch den Beschäftigten in der Gastronomie zu Gute kommen.

451 **Wettbewerbsfähige Unternehmenssteuern für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft**

452 Die Unternehmen in Deutschland brauchen mehr Freiheit, weniger staatliche
453 Einmischung und eine geringere Steuerlast. Wir brauchen international
454 wettbewerbsfähige Unternehmenssteuern. Nur so kann uns eine echte
455 Wirtschaftswende gelingen. Dazu wollen wir eine Steuerreformkommission
456 einsetzen, das deutsche **Steuerrecht entbürokratisieren**, die **Gewerbsteuer** durch
457 eine international systemtaugliche Alternative **ersetzen** und Einkünfte aus
458 Kapitalvermögen, aus Vermietung und Verpachtung einfacher besteuern. Wir fordern
459 die **Absenkung der Unternehmenssteuerbelastung auf unter 25 Prozent**. Dazu
460 schaffen wir den Solidaritätszuschlag vollständig ab und senken die
461 Körperschaftsteuer. **Doppelbesteuerungen wollen wir konsequent vermeiden**. Wir
462 wollen künftig Reingewinne statt Scheingewinne besteuern, indem wir
463 **Hinzurechnungstatbestände konsequent abschaffen**. Die Ungleichbehandlung von
464 Eigenkapital- zu Fremdkapitalverzinsung wollen wir beenden, indem wir die
465 **steuerliche Absetzbarkeit fiktiver Eigenkapitalzinsen einführen**. Die Unternehmen
466 in Deutschland brauchen einen **unbeschränkten Verlustvortrag** und eine weitere
467 **Ausweitung des Verlustrücktrags**. Liquidationsverluste wollen wir steuerlich
468 berücksichtigen.

469 **Für eine moderne sowie effektive Steuer- und Finanzverwaltung**

470 Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass **Once-Only-Prinzip** konsequent in
471 der Steuerverwaltung umgesetzt wird. Bürger und Unternehmen sollen bestimmte
472 Informationen der Verwaltung nur einmal bereitstellen müssen. **Die**
473 **Finanzverwaltung muss digitaler und effizienter werden**. Wir wollen unser Konzept
474 einer „Easy Tax“, eine vorausgefüllte Steuererklärung für viele
475 Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, weiterverfolgen hin zu einer

476 **vollautomatisierten Einkommensteuerveranlagung.** Das spart Zeit, Geld und Nerven.
477 Das gelingt unter anderem durch eine Rentenabzugsteuer. Eine großzügige
478 Arbeitstagepauschale ersetzt und vereinfacht die bisherigen Regelungen zum
479 häuslichen Arbeitszimmer, zur Homeoffice- und Entfernungskostenpauschale
480 Wir Freie Demokraten wollen Steuerbetrug, andere Finanzkriminalität und
481 Schwarzarbeit konsequent bekämpfen, u.a. durch den **Aufbau schlagkräftiger**
482 **Strukturen zur Bekämpfung von Finanzkriminalität und einer Stärkung des Zolls,**
483 insbesondere der Zollämter vor Ort. Wir setzen uns zudem für wirksame und
484 praktikable Regeln auf europäischer und nationaler Ebene ein, die sicherstellen,
485 dass **importierte Waren auf großen Online-Plattformen angemessen verzollt und**
486 **versteuert werden.**

487 **Aktien fürs Leben – Venture Capital für die Wirtschaft**

488 Wir Freie Demokraten wollen Deutschland von einem Land der Sparer zu einem Land
489 der Aktionäre machen. Dazu bedarf es einer Kultur des langfristigen
490 Investierens. Wir wollen eine **nationale Finanzbildungsstrategie,** um die
491 **finanzielle Bildung** in der Breite der Gesellschaft zu verbessern, **beispielsweise**
492 durch ein **bundesweites Pflichtfach** an allgemeinbildenden Schulen.

493 Wir setzen uns für attraktive Anlagebedingungen für Kleinanleger ein. Auch das
494 Nebeneinander von Honorar- und Provisionsberatung wollen wir deshalb bewahren.
495 Wir Freie Demokraten wollen steuerliche Hemmnisse für den privaten
496 Vermögensaufbau beseitigen und dadurch insbesondere die private Altersvorsorge
497 unterstützen. Deshalb fordern wir, dass der Sparerpauschbetrag erhöht wird und,
498 dass die Sparer einen nicht ausgeschöpften Sparer-Pauschbetrag in den
499 nachfolgenden Jahren nutzen können. Durch die **Wiedereinführung einer**
500 **Spekulationsfrist für private Veräußerungsgewinne aus Wertpapieren** unterstützen
501 wir die langfristige Kapitalanlage zur Altersvorsorge. Zudem wollen wir die
502 **Verlustverrechnungsbeschränkung innerhalb der Abgeltungsteuer vollständig**
503 **abschaffen.** Bei fremdgenutzten Immobilien sollen die Erwerbsnebenkosten
504 steuerlich sofort abzugsfähig sein.

505 **Kapitalsammelstellen wie Versicherer und Pensionsfonds sollen stärker in Aktien**
506 **und Venture Capital investieren können.** Damit erhöhen wir privates Kapital im
507 immer noch zu kleinen deutschen Venture-Capital-Markt. Zudem fordern wir die
508 Etablierung eines **offenen und transparenten Datenökosystems im**
509 **Versicherungsbereich** („Open Insurance“). Das stärkt die Wettbewerbsfähigkeit und
510 Innovationskraft der Versicherungsbranche.

511 **Finanzmärkte fit für die Zukunft machen**

512 Wir Freie Demokraten stehen für eine zeitgemäße Finanzmarktregulierung, die
513 zunehmend die Wettbewerbsfähigkeit in den Blick nimmt, und für eine Aufsicht,
514 die effektiv und effizient private Gläubigerinnen und Gläubiger schützt,
515 systemische Krisen verhindert und den Marktteilnehmern ein „Level Playing Field“
516 sicherstellt. Wir wollen prüfen, ob die bestehende Regulierung verhältnismäßig
517 ist. Auch hier wollen wir vermeiden, dass die Regelungen in Deutschland über die
518 europäischen Mindestanforderungen hinausgehen.

519 Wir Freie Demokraten lehnen eine etwaige Unterstützung des europäischen
520 Abwicklungsfonds für die nationalen Einlagensicherungssysteme nachdrücklich ab.

521 Als Freie Demokraten sehen wir die **Einführung einer Europäischen**
522 **Einlagensicherung (EDIS) kritisch**. EDIS würde keinen Zusatznutzen für die
523 Finanzstabilität bringen, sondern die besonders bewährten Sicherungssysteme der
524 Sparkassen und Volksbanken in Deutschland gefährden. Wir wollen die bevorzugte
525 Behandlung von Staatsanleihen bei der europäischen Regulierung von Banken und
526 Versicherungen schrittweise beenden und durch marktorientierte Ansätze, die das
527 wirtschaftliche Risiko transparent widerspiegeln, ersetzen. Zudem wollen wir die
528 **Banken- und Kapitalmarktunion vertiefen**.

529 Wir begrüßen die Entwicklung von Kryptowährungen und Digital Ledger Technologie
530 und setzen uns für die **Zulassung von Krypto-ETFs** ein. Wir sind offen dafür, dass
531 **die Europäische Zentralbank und die Deutsche Bundesbank Kryptowährungen wie**
532 **Bitcoin als Währungsreserven** verwenden. Das kann die Resilienz des europäischen
533 Währungssystems stärken. Wir Freie Demokraten stehen für den **Erhalt des**
534 **Bargelds**. Wir befürworten, wenn es neben dem Bargeld eine breite Akzeptanz von
535 Kartenzahlungen gibt. Ein das Bargeld ergänzender digitaler Euro muss die
536 Privatsphäre der Nutzer respektieren und sowohl online als auch offline nutzbar
537 sein. Es darf keinen Zwang zur Nutzung des digitalen Euro geben und es dürfen
538 keine zusätzlichen Risiken für das Finanzsystem entstehen.

539 **c. Bezahlbare Energie für Bürger und Betriebe**

540 Deutschland benötigt dringend eine realistische und vernünftige Energiepolitik,
541 die Menschen und Unternehmen nicht länger überfordert. Die Energiepreise müssen
542 sinken, sonst wird das Leben unbezahlbar und wir verlieren weiter an
543 wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit.

544 Wir Freie Demokraten wollen die **Stromsteuer in einem ersten Schritt auf das EU-**
545 **Mindestmaß absenken** und werden uns auf europäischer Ebene für ihre Abschaffung
546 einsetzen. Die EU-Mindestsätze für die Energiesteuer auf Heiz- und Kraftstoffe
547 wollen wir angesichts des **tendenziell steigenden CO2-Preises** sukzessive bis auf
548 null abschmelzen. Damit soll der CO2-Preis die Strom- und Energiesteuer
549 **perspektivisch vollständig ersetzen**. Ebenso soll die Kfz-Steuer in diesem
550 Zusammenhang **mittelfristig abgeschafft** werden. Auf diese Weise stärken wir die
551 Rolle des CO2-Preises und schaffen mehr Anreize für den Umstieg auf erneuerbare
552 Energien oder klimafreundliche Kraft- und Heizstoffe.

553 Außerdem wollen wir die Netzentgelte umfassend reformieren. Die Netzentgelte
554 sind einer der großen Treiber der Stromkosten. Um die Netzkosten zu senken,
555 wollen wir die Netze durch Digitalisierung und die Nachfrage durch dynamische
556 Netzentgelte flexibilisieren. Dadurch werden Netzengpässe im Preis abgebildet,
557 sodass sich die Nachfrage dorthin verlagert, wo Kapazitäten vorhanden sind, und
558 Bedarf beim Netzausbau geringer wird. Wir wollen regulatorische Hürden für einen
559 schnellen Netzausbau abbauen und dafür sorgen, dass nur die Netze gebaut werden,
560 die tatsächlich gebraucht werden. Das spart Kosten und senkt insgesamt Preise.
561 Gleichzeitig fordern wir eine bessere Synchronisierung des Netzausbaus mit dem
562 Ausbau von Erneuerbaren Energien, Kraftwerke, Speichern und der
563 Wasserstoffwirtschaft, um die Effizienz des Gesamtsystems zu steigern.

564 **Regulierungen** und Vorgaben, die Effizienz und Modernisierung hemmen, **müssen**
565 **vollständig abgebaut werden**. Die notwendigen Anreize für den Bau neuer

566 Gaskraftwerke wollen wir durch einen Kapazitätsmarkt schaffen, den wir möglichst
567 einfach, schlank und unbürokratisch gestalten. Außerdem bedarf es insbesondere
568 einer Diversifizierung der Gasversorgung, damit keine einseitige Abhängigkeit
569 von Gasimporten entsteht. Dafür sollte die **heimische Erdgasförderung ausgebaut**
570 werden, wozu sich aktuell das Gasfeld in Borkum und **Fracking-Verfahren** anbieten.
571 Statt Gas teuer zu importieren, sorgt das für heimische Wertschöpfung. Wir Freie
572 Demokraten wollen die erneuerbaren Energien vollständig in den Markt überführen.
573 Da auf diese bereits heute mehr als 60 Prozent der Stromproduktion entfallen,
574 sind die EEG-Subventionen für neue Anlagen nicht mehr zu rechtfertigen. Eine
575 Vergütung am Markt würde auch gewährleisten, dass Photovoltaik- und
576 Windkraftanlagen nur gebaut werden, wenn ausreichend Netze und Speicher
577 vorhanden sind, um die Nutzung des produzierten Stroms sicherzustellen. Wir
578 lehnen gesetzlich vorgegebene Ausbaupfade für einzelne Technologien genauso ab,
579 wie staatlich garantierter Abnahmepreise.

580 Wir Freie Demokraten wollen die Nutzung klimafreundlicher Zukunftstechnologien
581 wie **Kernfusion und sicherer Kernkraftwerke ohne Subventionen ermöglichen**. Das
582 deutsche Atomrecht wollen wir von ideologischem Ballast befreien. Unser Ziel
583 ist, dass Kernkraftwerke der neuen Generation, etwa Dual-Fluid-Reaktoren,
584 Thorium-Flüssigsalzreaktoren oder Small Modular Reactors **in Deutschland**
585 rechtssicher gebaut werden können. Für die Kernfusion wollen wir einen
586 innovationsfreundlichen Rechtsrahmen außerhalb des **Atomrechts** schaffen. Wir
587 wollen die Wiederinbetriebnahme der vorhandenen Kernkraftwerke rechtlich
588 ermöglichen und die Entscheidung darüber den **Betreibern** überlassen.

589 **d. Ein modernes Arbeitsrecht für eine moderne Arbeitswelt**

590 Eine moderne Arbeitswelt bietet Chancen für Arbeitnehmer, Selbstständige und
591 Arbeitgeber. Wir Freie Demokraten wollen daher das Arbeitsrecht auf die Höhe der
592 Zeit bringen und flexible, praxistaugliche Regelungen schaffen.
593 Leistungsbereitschaft und Eigenverantwortung wollen wir wieder ins Zentrum
594 rücken – um das Arbeitsvolumen und private Initiative zu stärken.

595 Wir Freie Demokraten wollen das **deutsche Arbeitszeitgesetz reformieren**, indem
596 wir mit einer **wöchentlichen statt einer täglichen Höchstarbeitszeit neue und**
597 **flexible Arbeitszeitmodelle** ermöglichen. Ebenso müssen die Vorgaben zur
598 Arbeitszeit flexibilisiert und Öffnungsklauseln zu Ruhezeitregelungen genutzt
599 werden. Die Politik darf nicht weiter in die Vertragsfreiheit eingreifen,
600 weshalb wir gesetzliche Regelungen für eine **Vier-Tage-Woche** mit vollem
601 Lohnausgleich ablehnen. Löhne und Gehälter werden in der sozialen
602 Marktwirtschaft zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern ausgehandelt. Wir
603 respektieren die Tarifautonomie und lehnen politische Eingriffe in die Arbeit
604 der unabhängigen Mindestlohnkommission ab.

605 Das **Arbeitsrecht wollen wir entschlacken und Dokumentationspflichten beim**
606 **Mindestlohn vereinfachen**. Die elektronische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung
607 wollen wir praxistauglicher machen, indem diese von der Krankenkasse an den
608 Arbeitgeber weitergeleitet wird. Die während der Corona-Pandemie eingeführten
609 Sonderregelungen zur telefonischen Krankschreibung wollen wir abschaffen.
610 **Digitale Arbeitsverträge** müssen in allen Branchen möglich sein. Die Verfahren

611 zur **Entsendung von Arbeitnehmern innerhalb der EU** wollen wir deutlich einfacher
612 **und digitaler** machen (z.B. A1-Bescheinigung).

613 Wir Freie Demokraten fordern Fairness für Selbstständige. Ungleichbehandlungen
614 wollen wir deshalb abbauen und zum Beispiel die **Beiträge für Selbstständige zur**
615 **gesetzlichen Krankenversicherung an den tatsächlichen Einnahmen orientieren.**

616 Zudem fordern wir eine Reform des Statusfeststellungsverfahrens. **Klare**
617 **gesetzliche Positivkriterien** müssen Rechtssicherheit gewährleisten. Um bei
618 Auftraggebern Risiken zu minimieren, wollen wir für den Fall einer abhängigen
619 Beschäftigung, wenn weder vorsätzlich noch grob fahrlässig von einer
620 selbstständigen Tätigkeit ausgegangen wurde, dass **Beitragszahlungen nicht**
621 **rückwirkend erhoben werden dürfen.** Wir Freie Demokraten wollen **maximale**
622 **Wahlfreiheit für Selbstständige bei der Altersvorsorge.** Auch die Form der
623 Vorsorge soll frei wählbar sein. **Der Zugang zur gesamten geförderten privaten**
624 **Altersvorsorge muss dabei künftig für alle Erwerbstätigen offen sein.**

625 Wir fordern zudem eine **Modernisierung des Streikrechts.** Natürlich ist das
626 Streikrecht ein wichtiges Grundrecht. In kritischen Bereichen wie Transport,
627 Gesundheits- und Sozialversorgung, Kindertagesstätten, Energie, Brand- und
628 Zivilschutz sowie Abfallentsorgung braucht es jedoch eine **verpflichtende**
629 **Schlichtungsvereinbarung zu Beginn von Tarifverhandlungen** sowie
630 **Mindestankündigungsfristen** sowie die **Sicherstellung eines Notbetriebs.** Denn hier
631 **droht sonst ein überproportional großer gesellschaftlicher Schaden, der mit**
632 **einer Verzerrung der Verhandlungsmacht der Tarifparteien verbunden ist.**

633 **e. Für soziale Sicherungssysteme, die Lust auf Leistung machen**

634 Der Sozialstaat ist in Deutschland teuer, aber nicht zwingend sozial. Wir
635 brauchen deutlich mehr Anreize für Arbeit. Und: Mehr Respekt für diejenigen, die
636 mit ihrer Leistung Solidarität überhaupt erst möglich machen.

637 **Arbeit muss sich stärker lohnen**

638 Millionen Menschen in Deutschland gehen jeden Tag ihrer Arbeit nach und tragen
639 ihren Teil zum Erfolg unseres Landes bei. Zur Wirklichkeit gehört aber auch: Für
640 einige scheint es lohnender, von Sozialleistungen zu leben, als einer geregelten
641 Arbeit nachzugehen. Das wollen wir ändern. Denn Arbeit muss sich immer mehr
642 lohnen als Sozialleistungen! Dafür wollen wir Freie Demokraten das **Bürgergeld**
643 **grundlegend reformieren.** Wir wollen eine Reform der Grundsicherung, weg von
644 einem alimentierenden Bürgergeld hin zu mehr Aktivierung, wobei Arbeit den
645 Unterschied macht. Unser oberstes Ziel lautet: Arbeit statt Bürgergeld. Dies ist
646 nicht nur als Perspektive für die Menschen in einer Notlage wichtig, sondern es
647 ist auch eine Frage der Fairness gegenüber dem arbeitenden Steuerzahler. Hierzu
648 wollen wir erwerbsfähige Arbeitslose zu einer **aktiven Bringschuld** und
649 **Eigeninitiative inklusive Beweislast** verpflichten. Sie müssen sich darum
650 bemühen, die eigene Hilfsbedürftigkeit durch Arbeit und Qualifizierung zu
651 überwinden. Das Jobcenter unterstützt dabei so stark wie möglich und prüft, ob
652 ausreichende Aktivitäten unternommen werden und werden können. Bei fehlender
653 Initiative sollen die **Sozialleistungen Stück für Stück reduziert** werden. Dazu
654 wollen wir die Sanktionen wirksamer gestalten. Damit sich Arbeitslosigkeit nicht
655 verfestigt, wollen wir eine **Intensivphase zu Beginn des Leistungsbezugs**

656 einführen, sodass in den ersten 12 Monaten die Kontaktdichte zum Jobcenter
657 besonders hoch ist. Wir wollen die **Zumutbarkeitsregeln dahingehend anpassen,**
658 **dass auch längere Pendelstrecken und Umzüge für Personen ohne Kinder und ohne**
659 **pflegebedürftige Angehörige zumutbar sind.** Zusätzlich wollen wir
660 Arbeitsgelegenheiten für Totalverweigerer einführen (**1-Euro-Jobs**). fkras
661 Bürgergeld überproportional zur Inflation angestiegen. Der Regelsatz liegt im
662 Jahr 2025 weiter über dem Bedarf. Deshalb wollen wir mit der **Abschaffung der**
663 **sogenannten Besitzstandsregelung** die Voraussetzung dafür schaffen, den Regelsatz
664 abzusenken. Das stärkt die Arbeitsanreize.

665 Wir wollen die **Hinzuverdienstregeln in der Grundsicherung und im Wohngeld so**
666 **verbessern, dass sich Arbeit und Leistung spürbar immer mehr lohnen.** Wir wollen
667 die Hinzuverdienstregeln so reformieren, dass nicht die Kombination aus
668 Bürgergeld und Minijob besonders lohnend ist, sondern sich Stück für Stück aus
669 einer Sozialleistung herauszuarbeiten. Es kann nicht sein, dass arbeitende
670 Personen erst Steuern zahlen, um anschließend Sozialleistungen bei einer
671 steuerfinanzierten Behörde beantragen zu müssen. Dies wollen wir ändern, **indem**
672 **wir das Steuer- und Sozialsystem leistungsgerecht im Sinne einer negativen**
673 **Einkommenssteuer aufeinander abstimmen.**

674 Wir Freie Demokraten wollen das bürokratische Wirr-Warr der verschiedenen
675 Sozialleistungen reduzieren, indem wir die **steuerfinanzierten Sozialleistungen –**
676 **wie die Grundsicherung und das Wohngeld – in einer Leistung und an einer**
677 **staatlichen Stelle zusammenfassen.** So schaffen wir klare Anreize zum Status-quo,
678 bei dem sich mehr zu arbeiten häufig nicht lohnt, weil die verschiedenen
679 Sozialleistungen schlecht aufeinander abgestimmt sind. Die Übernahme von
680 angemessenen Mietkosten und Heizkosten ist aufgrund der Berechnung äußerst
681 aufwendig und führt in der Einzelfallbetrachtung zu gewaltigem
682 Verwaltungsaufwand. Deshalb soll diese neue gebündelte Leistung eine **regionale**
683 **Pauschale für Unterkunftskosten** beinhalten. Mit einem Sozialstaat aus einem Guss
684 im Sinne einer **negativen Einkommenssteuer** reduzieren wir kostenintensive
685 Behördenbürokratie, die unübersichtliche Komplexität des Sozialstaates und
686 vermeiden Fehlanreize, die Leistungsberechtigte demotivieren und lähmen.

687 Wir Freie Demokraten wollen **gegen den Missbrauch des Sozialstaates effektiv und**
688 **konsequent vorgehen.** Jobcenter müssen besser prüfen können, ob die
689 Transferempfänger Autos besitzen, auf wie viele Konten sie Zugriff haben und ob
690 sie Vermögen im Ausland besitzen. Zudem wollen wir **konsequenter und härter gegen**
691 **Schwarzarbeit bei gleichzeitigem Sozialleistungsbezug vorgehen.**

692 Wir Freie Demokraten wollen **Arbeitslosenversicherungen (Arbeitslosengeld 1)**
693 flexibler gestalten, sodass geringere Beiträge und mehr Netto vom Brutto möglich
694 sind. In Zeiten eines zunehmenden Arbeits- und Fachkräftemangels ist das Risiko
695 langfristiger Arbeitslosigkeit ein abnehmendes. Wir trauen den Menschen **mehr**
696 **Eigenverantwortung** zu. Deshalb wollen wir die Möglichkeit schaffen, sich für
697 geringere Beitragszahlungen und in der Folge einen geringeren Anspruch auf
698 Arbeitslosengeld zu entscheiden. Der dadurch verringerte Arbeitgeberbeitrag wird
699 netto ausgezahlt.

700 **Für flexible, finanzierbare und steigende Renten**

701 Wir Freie Demokraten stehen für einen **wirklich flexiblen Renteneintritt.** Die

Menschen sollen nach schwedischem Vorbild künftig selbst entscheiden, wann der Ruhestand beginnt, sofern dann keine Sozialleistungen beantragt werden müssen. Je später jemand in Rente geht, desto höher die Rente. Die Zuschläge bei späterem Renteneintritt und Abschläge bei einem frühzeitigen Renteneintritt sollten dafür angepasst werden. Teilrenten sind unkompliziert möglich. Wer aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten kann, braucht weiter eine starke Unterstützung. Daneben wollen wir die **Gesetzliche Aktienrente**. Wir wollen, dass ebenfalls wie in Schweden ein kleiner Teil der Rentenbeiträge in einem unabhängig verwalteten Fonds angelegt wird, sodass wir besser gegen das Risiko einer alternden Bevölkerung geschützt sind, die **Rentenbeiträge finanzierbar** bleiben und die Menschen stärker von den Chancen einer **kapitalgedeckten Altersvorsorge** profitieren. Eine **echte individuelle Aktienrente** sorgt sogar wieder für ein steigendes Rentenniveau. Schließlich fordern wir Freie Demokraten die Einführung eines **Altersvorsorgedepots für die private Altersvorsorge**. Dieses Depot soll steuerlich gefördert sein und den langfristigen Vermögensaufbau für die Altersvorsorge ermöglichen, auch für alle, die selbstständig sind. Die Kapitalanlage in Fonds und Wertpapiere und Umschichtungen innerhalb des Altersvorsorgedepots sind steuerfrei, solange die Erträge reinvestiert werden. Auch in der betrieblichen Altersvorsorge müssen höhere Aktienanteile ermöglicht werden. Auch eine Doppelbesteuerung von Renten wollen wir vermeiden.

Tragfähige soziale Sicherungssysteme

Durch den demografischen Wandel kommen die sozialen Sicherungssysteme unter Druck. Immer weiter steigende Beiträge können jedoch keine Lösung sein. Hohe Sozialabgaben belasten Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichermaßen. Sie verhindern, dass Unternehmen neue Jobs schaffen und machen die Arbeitsaufnahme unattraktiv. Sie engen zudem die Möglichkeiten der jungen Generation ein, zusätzliche Vorsorge zu betreiben. Dadurch werden immer weiter steigende Sozialabgaben zu einer großen Belastung für Bürger und Betriebe. Deshalb wollen wir Freie Demokraten das Beitragsniveau auf maximal 40 Prozent deckeln. Um die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest zu machen, braucht es deutlich mehr kapitalgedeckte Elemente in der Gesetzlichen Rentenversicherung und der sozialen Pflegeversicherung. Damit sorgen wir für tragfähige soziale Sicherungssysteme bei fairer Lastenverteilung zwischen den Generationen.

IV. Selbstbestimmt in allen Lebenslagen

Selbstbestimmung ist die unmittelbarste Form der Freiheit. Wir wollen eine Gesellschaft freier Bürgerinnen und Bürger. Die Menschen in unserem Land müssen über ihre privaten Angelegenheiten so frei und selbstbestimmt entscheiden können wie möglich. Die Grundrechte unserer Verfassung schützen diese Freiheitsräume des Einzelnen. Wir wollen die Grundrechte stärken. Wir verteidigen den Einzelnen gegen Diskriminierung und eröffnen den Bürgerinnen und Bürgern neue Räume der Selbstbestimmung. Wir stärken die Rechte von Frauen und sorgen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Eine freiheitliche Gesellschaft und eine funktionierende Demokratie gehören zusammen. Wir verteidigen die Institutionen der liberalen Demokratie gegen Angriffe von Extremisten und gegen die Unterwanderung durch autoritäre Regime. Wir bekämpfen politischen und religiösen

747 Extremismus. Wir setzen uns für eine demokratische Streitkultur ein, bei der
748 auch in der digitalen Welt Meinungen nicht niedergebrüllt oder gar zensiert
749 werden.

750 Unser liberales Freiheitsversprechen gilt nicht nur für die Starken. Es umfasst
751 die Absicherung gegen elementare Lebensrisiken. Es schließt Solidarität für die
752 großen Gesundheitsrisiken ein, die der Einzelne nicht tragen kann – für Kranke,
753 Pflegebedürftige und diejenigen, die sie versorgen. Förderung und Wertschätzung
754 für den Sport tragen ebenfalls dazu bei, dass die Gesellschaft zusammenhält und
755 die Menschen gesund bleiben.

756 Unser Land ist dringend auf Einwanderung in den Arbeitsmarkt angewiesen.
757 Gleichzeitig sind vor allem die Kommunen durch den anhaltend hohen Zuzug in das
758 deutsche Asylsystem derart überlastet, dass Integration nur schwer stattfinden
759 kann. Es braucht zügige Verfahren und klare Entscheidungen im Bereich der
760 Migration. Wir wollen eine neue Migrationspolitik, die mehr steuert und ordnet.
761 Wer bei uns arbeitet und nach unseren Werten lebt, soll es leichter haben. Wer
762 ohne Bleiberecht in unsere sozialen Sicherungssysteme einwandern möchte oder
763 unsere Sicherheit gefährdet, wird es schwerer haben.

764 a. Grundrechte und Rechtsstaat bewahren

765 Der Staat muss die Rechtsgüter der Bürgerinnen und Bürger schützen. Technisch
766 und personell gut ausgestattete Behörden müssen zügig und effizient für
767 Sicherheit sorgen und Straftaten verfolgen. Es gibt aber keine Sicherheit um
768 jeden Preis. Bei der Ausgestaltung der Inneren Sicherheit sind wir dem
769 Rechtsstaat und den Bürgerrechten verpflichtet. Wir schützen die Freiheitsrechte
770 des Einzelnen auch gegenüber dem Staat. Denn wer die Freiheit um der Sicherheit
771 willen aufgibt, wird am Ende beides verlieren.

772 Ein Update für unseren Rechtsstaat

773 Die Strukturen bei der Inneren Sicherheit müssen reformiert werden. Zu viele
774 Behörden in Bund, Ländern und Kommunen überschneiden sich bei der Erfüllung
775 ihrer Aufgaben. Bund und Länder müssen die Aufgabenverteilung im Bereich Innere
776 Sicherheit neu ordnen. Auf europäischer Ebene fordern wir, Europol zu einem
777 echten Europäischen Kriminalamt auszubauen. Denn Terrorismus, organisierte
778 Kriminalität und Cyberkriminalität macht nicht an den Landesgrenzen halt.

779 Die Befugnisse der Sicherheitsbehörden sind unübersichtlich und unverständlich
780 formuliert. Vor allem die deutschen Nachrichtendienste brauchen klarere
781 Rechtsgrundlagen, um angesichts der inneren und äußeren Bedrohung frühzeitig
782 handeln zu können. Gleichzeitig braucht es eine verbesserte Kontrolle der
783 Nachrichtendienste. Wir wollen die bislang zersplitterte Kontrolllandschaft neu
784 ordnen und Kontrolllücken schließen. Die Zusammenarbeit unterschiedlicher
785 Sicherheitsbehörden in gemeinsamen Zentren wie dem Gemeinsamen
786 Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) muss auf eine gesetzliche Grundlage gestellt
787 werden. Bei jeder neuen Befugnis für die Sicherheitsbehörden müssen zunächst die
788 Auswirkungen auf die Bürgerrechte und die technische Realisierbarkeit geprüft
789 werden. Zu diesem Zweck braucht es eine dauerhaft fortgeschriebene
790 Überwachungsgesamtrechnung. Eine dauerhaft eingesetzte unabhängige
791 Freiheitskommission soll zudem das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit im

792 Licht bereits bestehender Befugnisse bewerten, wenn neue Befugnisse beschlossen
793 werden sollen.

794 **Clankriminalität bekämpfen**

795 Wir Freie Demokraten wollen einen Rechtsstaat, der **keine kriminellen Clans und**
796 andere Formen **organisierter Kriminalität** duldet. Verbrechen darf sich nicht
797 lohnen. **Geldwäsche** muss unterbunden, **Vermögen** aus Straftaten muss konsequent
798 **eingezogen** werden. Kriminalität macht nicht an Grenzen halt. Die internationale
799 Zusammenarbeit von Polizei und Justiz wollen wir ausbauen. Beim Vorgehen gegen
800 Clankriminalität und weitere Formen organisierter Kriminalität wollen wir
801 **Kontrollen** unterschiedlicher Behörden im Verbund **stärken**.

802 **Starke Gerichte, digitale Werkzeuge**

803 Zu einem modernen Rechtsstaat gehören gut ausgestattete Gerichte und
804 Staatsanwaltschaften. Dazu gehört auch, dass die **Chancen der Künstlichen**
805 **Intelligenz (KI) in der Justiz** genutzt werden. Diese wollen wir konsequent
806 ausloten, ohne dass KI richterliche Entscheidungen ersetzt. Dazu müssen
807 gerichtliche Entscheidungen als Trainingsdaten zur Verfügung stehen. Wir stehen
808 auch für eine **umfassende Erprobung neuer Technologien**. Wir setzen uns darüber
809 hinaus für eine weitere **Digitalisierung von Gerichten und Verfahrensrecht** ein,
810 etwa durch Online-Gerichtsverfahren. Auf diese Weise können
811 **Zivilrechtstreitigkeiten schneller, bürgernäher und kostengünstiger** durchgeführt
812 werden.

813 Wir stehen für eine **starke Strafjustiz**, die schnelle Verurteilungen von
814 Straftätern gewährleistet und sich dabei auf das **Wesentliche** konzentriert.
815 Ständige Ausweitungen des Strafrechts sind mit seinem Charakter als Ultima Ratio
816 des Rechtsstaats nicht vereinbar. Die **Gerichtsverhandlung in Strafprozessen soll**
817 **künftig aufgezeichnet** und die Aufzeichnung sodann automatisiert verschriftlicht
818 werden. Das schafft **Transparenz und Gerechtigkeit**. Wir fordern eine **öffentlich**
819 **einsehbare Datenbank für Gerichtsentscheidungen in anonymisierter Form**. Eine
820 generelle Veröffentlichung **stärkt daher** auch den Standort Deutschland für Legal
821 Tech-Anwendungen.

822 Wir wollen **den Rechtsrahmen für Legal-Tech-Unternehmen präzisieren** und fordern
823 klare **gesetzliche Regelungen**, die Legal-Tech-Unternehmen und insbesondere
824 **Anwältinnen und Anwälten** sowie **Notarinnen und Notaren** Sicherheit geben und
825 **innovative Lösungen** ermöglichen. Gleichzeitig **schützen wir das Berufsgeheimnis**
826 **von Anwältinnen und Anwälten** sowie **Notarinnen und Notaren**. Offenbarungspflichten
827 **und der Zugriff auf Informationen**, die dem Berufsgeheimnis unterliegen, dürfen
828 **nur auf der Grundlage strengster Vorgaben** ermöglicht werden.

829 **Sicherheit und Bürgerrechte im Einklang**

830 Wir Freie Demokraten **verteidigen die Privatsphäre im öffentlichen Raum**. Denn wir
831 alle haben das Recht, uns ohne ständige Kontrolle im öffentlichen Raum zu
832 bewegen. Videoüberwachung kann an einzelnen Kriminalitätsschwerpunkten wie
833 Bahnhöfen Sinn ergeben, ersetzt jedoch niemals die **Präsenz von Polizistinnen und**
834 **Polizisten** sowie **funktionierende Präventionskonzepte**. Eine flächendeckende
835 Überwachung im öffentlichen Raum darf es daher nicht geben. Den Einsatz von
836 automatisierter Gesichtserkennung im öffentlichen Raum lehnen wir ab. Der Schutz

837 der Privatsphäre muss auch in der digitalen Welt gelten. Dazu gehört ein **Recht**
838 **auf Verschlüsselung**, damit **private Kommunikation privat bleibt**. Wir lehnen
839 Netzsperrern, Chatkontrollen, Uploadfilter, die Vorratsdatenspeicherung und
840 andere Formen der anlasslosen Datenerfassung ab. Mit unserem **Quick-Freeze-Modell**
841 können stattdessen **im Verdachtsfall bestimmte Daten auf richterliche Anordnung**
842 **gesichert** werden. Das deutsche **Waffenrecht** muss mit **Augenmaß** gestaltet sein.
843 Sportschützen und Jäger dürfen nicht unnötig belastet werden. Stattdessen sollte
844 der **Fokus auf Gefährdern und Extremisten** durch eine **verbesserte Kommunikation**
845 **der Behörden** und der **Bekämpfung des illegalen Waffenhandels** liegen.

846 Wir fordern den **Aufbau einer zukunftsfähigen Dateninfrastruktur und die Reform**
847 **der zersplitterten Datenschutzaufsicht**, um die Innovationskraft und
848 Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu stärken. **Wir setzen uns daher**
849 **für eine einheitliche Auslegung des Datenschutzrechts durch die**
850 **Aufsichtsbehörden ein**. Wir Freie Demokraten sprechen uns für den **Erhalt der**
851 **Netzneutralität** aus. Durch die Gleichbehandlung sämtlicher Datenpakete stellen
852 wir sicher, dass das Internet diskriminierungsfrei bleibt und alle Unternehmen,
853 insbesondere Startups sowie kleine und mittlere Unternehmen, einen fairen
854 Marktzugang erhalten.

855 **Cybersicherheit stärken - hybride Angriffe abwehren**

856 Wir Freie Demokraten wollen, dass unser Land die **hybriden Angriffe autoritärer**
857 **Staaten, wie etwa Russland und China, endlich ernst nimmt**. Die Öffentlichkeit
858 muss über die Hintergründe und Urheber dieser **Angriffe** proaktiv informiert
859 werden. In der Privatwirtschaft und bei **staatlichen Institutionen** werden
860 **Cyber-Angriffe** noch immer zu spät **oder gar nicht** erkannt. Deshalb wollen wir die
861 **Cybersicherheit stärken**, indem wir die **staatlichen Zuständigkeiten** neu ordnen
862 und das Prinzip **Security by Design** vorgeben und Anbieter für Schäden durch
863 Sicherheitslücken haften lassen. Der Staat selbst darf die Cybersicherheit nicht
864 durch den Einsatz von **Staatstrojanern** gefährden. Es braucht ein geordnetes
865 **Schwachstellenmanagement**, damit IT-Schwachstellen zügig geschlossen werden. Wir
866 wollen Kompetenzen und **Knowhow** zu Soft- und Hardware in Europa und Deutschland
867 aufbauen. **Dafür treiben wir den Aufbau von Rechenzentren** voran.

868 **Ein neuer Ansatz im Zivil- und Katastrophenschutz**

869 Ob **Extremwetter-Ereignisse**, Pandemien oder die wachsende Gefahr durch Russlands
870 **Aggressionen: Zivil- und Katastrophenschutz** muss als **Teil der Gesamtverteidigung**
871 **verstanden** werden. Zu diesem Zweck muss das **Bundesamt für Bevölkerungsschutz und**
872 **Katastrophenhilfe als Zentralstelle** die Koordination übernehmen können. Das
873 **Ehrenamt** im Zivil- und Katastrophenschutz muss gestärkt und die technische
874 **Ausstattung** verbessert werden.

875 **Moderner Verbraucherschutz**

876 Die Bürgerinnen und Bürger wollen wir durch einen **modernen Verbraucherschutz**
877 **stärken** und lehnen Bevormundung ab. Selbstbestimmung setzt aber eine freie und
878 informierte Entscheidung voraus. Dies wollen wir ermöglichen, indem wir uns
879 insbesondere zur **besseren Vergleichbarkeit bei Langzeitverträgen** für die
880 **Ausweisung monatlicher Durchschnittspreise** aussprechen. Zudem wollen wir die
881 **Durchsetzung von Verbraucherrechten vereinfachen**, zum Beispiel durch sogenannte

882 **Smart Contracts**, die eine automatische Entschädigung von Verbrauchern bei
883 Verspätungen vorsehen.

884 **b. Offene Gesellschaft und liberale Demokratie**

885 Eine **offene Gesellschaft** mit freien Bürgerinnen und Bürger und eine liberale
886 **Demokratie** mit starken und funktionierenden Institutionen gehören zusammen. Wir
887 setzen uns für eine **demokratische Streitkultur** ein, bei der auch in der
888 digitalen Welt Meinungen nicht niedergebrüllt oder gar zensiert, sondern
889 respektiert und gehört werden.

890 **Für eine tolerante und offene Gesellschaft**

891 Für uns Freie Demokraten ist die Gleichbehandlung aller Bürgerinnen und Bürger
892 fester Bestandteil einer Demokratie. Dabei stellen wir uns **gegen jede Form von**
893 **Diskriminierung**. Wir bekämpfen Diskriminierung gegenüber LSBTI und setzen den
894 Nationalen Aktionsplan „Queer leben“ um. Die Polizei soll **LSBTI-feindliche**
895 **Hasskriminalität bundesweit einheitlicherfassen und verfolgen. Artikel 3 GG**
896 **wollen wir um diesexuelle Identität ergänzen.**

897 Auch Menschen mit Behinderung erfahren noch immer viele **Hürden**, die sie an der
898 gleichberechtigten Teilhabe in unserer Gesellschaft hindern. Wir Freie
899 Demokraten setzen uns für mehr Barrierefreiheit im öffentlichen Leben ein. Wir
900 setzen uns für eine **stärkere Sichtbarkeit von Menschen mit Behinderung** ein.
901 Zudem fordern wir ein **inklusives Bildungssystem** von der Kita bis zur
902 Berufsausbildung, indem **sonderpädagogische Inhalte** in die pädagogische
903 Grundausbildung integriert werden. Der **Nachweis einer dauerhaften Behinderung**
904 **muss künftig nur noch einmalig erbracht werden.** Durch **praxisnahe Förderung und**
905 **Arbeitsvermittlung** verbessern wir die **Chancen** auf dem ersten Arbeitsmarkt.

906 **Religionspolitik in der liberalen Bürgergesellschaft**

907 Wir Freie Demokraten stehen für die im Grundgesetz verankerte Religionsfreiheit.
908 Wir wollen ein **friedliches und von gegenseitiger Akzeptanz** geprägtes Verhältnis
909 aller religiösen und nicht-religiösen Menschen in Deutschland erreichen. Das
910 bisherige Staatskirchenrecht wollen wir zu einem **Religionsverfassungsrecht**
911 weiterentwickeln – als gleiche rechtliche Basis für alle
912 Religionsgemeinschaften, die das Gleichheitsgebot und die Glaubensvielfalt, die
913 Grundrechte sowie die Selbstbestimmung ihrer Mitglieder anerkennen. Darüber
914 hinaus müssen Bund und Länder dem Verfassungsauftrag nachkommen, die
915 **Staatsleistungen abzulösen.** Wir wollen die Islamverbände einer kritischen
916 Prüfung unterziehen. Wir müssen klarstellen, welche Verbände Partner des
917 deutschen Staates sein können und welche nicht. Verbände, die Islamismus
918 beschönigen, verharmlosen oder Antisemitismus nicht verurteilen, können
919 hierzulande keine Partner in der Religionspolitik sein. Es braucht auch eine
920 **Reform derIslamkonferenz (DIK)**, bei der unsere Wertepartner unter den Verbänden
921 deutlich mehr Raum erhalten. Die **Ausbildung von Imamen und islamischen**
922 **Religionslehrer** an deutschen Universitäten muss ausgebaut werden, um nicht mehr
923 von der Entsendung von Imamen durch Verbände, die von Autokraten kontrolliert
924 werden, abhängig zu sein. **Islamischer Religionsunterricht** muss frei von
925 Einflüssen islamistischer oder aus dem Ausland gesteuerter Organisationen
926 angeboten werden.

927 **Extremismus aus der Mitte der Gesellschaft heraus bekämpfen**

928 Wir Freie Demokraten **lehnen jede Form des politischen und religiösen Extremismus**
929 **strikt ab**. Die Sicherheitsbehörden müssen sich besser um den **Schutz besonders**
930 **gefährdeter Gruppen** und ihrer **Einrichtungen** kümmern. Die **wissenschaftliche**
931 **Expertise** in den Sicherheitsbehörden bei der Bekämpfung verschiedener
932 Extremismusformen muss ausgebaut werden. Für Menschen mit erwiesenen
933 **verfassungsfeindlichen Einstellungen** ist im öffentlichen Dienst kein Platz.

934 **Islamismus konsequent bekämpfen und Prävention und Deradikalisierung stärken**

935 Wir Freie Demokraten wollen die **Gefahr des Islamismus aktiv bekämpfen**. Die
936 Radikalisierung von Muslimen in der deutschen Gesellschaft führt zu
937 gesellschaftlicher Spaltung, Gewalt und Terrorismus. Insbesondere die
938 **Radikalisierung durch islamistische Influencer** über das Internet hat in den
939 vergangenen Jahren stark zugenommen. Hier müssen neben den Mitteln des
940 Strafrechts auch alle **ausländerrechtlichen Maßnahmen** ergriffen werden. Darüber
941 hinaus erwarten wir eine selbstkritische Debatte in muslimischen Communities, um
942 einen besseren Schutz von Jugendlichen vor extremistischem Gedankengut zu
943 gewährleisten. Alle bestehenden **Präventions- und Deradikalisierungsprogramme**
944 müssen auf ihre Effektivität hin überprüft werden. Auch muss der Bereich des so
945 genannten **legalistischen Islamismus** besser durchleuchtet werden als bislang.

946 **Deutschland als sicheres Land für Jüdinnen und Juden**

947 Wir Freie Demokraten wollen, dass sich Jüdinnen und Juden in Deutschland sicher
948 fühlen können. Um das vielfältige jüdische Leben in Deutschland zu erhalten,
949 muss **Antisemitismus** angesichts wachsender Gewalt gegen Jüdinnen und Juden noch
950 konsequenter bekämpft werden – **unabhängig** davon, ob es sich um **rechts- oder**
951 **linksextremen Antisemitismus**, um **islamischen Antisemitismus**, um **Judenhass durch**
952 **Zugewanderte** oder um einen **Antisemitismus aus der Mitte der Gesellschaft**
953 handelt. Dafür müssen Behörden alle Formen von Antisemitismus frühzeitig
954 erkennen. Es ist inakzeptabel, dass Jüdinnen und Juden antisemitische Übergriffe
955 immer seltener anzeigen, weil Verfahren zu oft eingestellt werden. Wir treten
956 dafür ein, die **Arbeitsdefinition von Antisemitismus nach der IHRA** (International
957 Holocaust Remembrance Alliance) umfassend in den staatlichen Behörden zu
958 etablieren und diese insbesondere zur Grundlage von Fortbildungen von Beamtinnen
959 und Beamten und bei der Vergabe staatlicher Gelder zu machen. Es dürfen keine
960 staatlichen Gelder für Organisation und Projekte ausgegeben werden, die das
961 **Existenzrecht Israels** in Frage stellen. Auch die **Nutzung öffentlicher**
962 **Räumlichkeiten** muss untersagt werden, wenn Veranstaltungen den friedlichen
963 Verlauf der öffentlichen Diskussion gefährden. Die **Verbote** des extremistischen
964 **Netzwerks Samidoun** oder des **Islamischen Zentrums Hamburg** waren überfällig. Wir
965 wollen deshalb weitere Betätigungs- und Organisationsverbote prüfen, wie
966 beispielsweise gegen die rechtsextremen türkischen **Grauen Wölfe**, die
967 antiisraelische Organisation **Masar Badil** oder die antisemitische **BDS-Bewegung**.
968 Strafbarkeitslücken wollen wir konsequent schließen.

969 **Schutz der Meinungsfreiheit**

970 Eine lebendige Demokratie braucht offene und aktive Debatten. **Presse- und**
971 **Meinungsfreiheit** stehen von innen und außen zunehmend unter Druck und müssen

972 geschützt werden. Wir setzen uns für eine demokratische Streitkultur ein, bei
973 der auch in der digitalen Welt Meinungen nicht niedergebrüllt oder gar zensiert
974 werden, sondern respektiert und gehört. Die Meinungsfreiheit ist eine der
975 tragenden Säulen des demokratischen Gemeinwesens. Auch digitale Plattformen
976 haben eine eigene Verantwortung, wenn es um den Schutz der Meinungsfreiheit
977 geht. Die im Rahmen des Digital Services Act eingeführten **Sorgfaltspflichten für**
978 **Plattformen dürfen nicht dazu führen, dass die Meinungsfreiheit beeinträchtigt**
979 **wird** oder dass Private statt staatlicher Gerichte über die Grenzen der
980 Meinungsfreiheit entscheiden.

981 **Moderner und schlanker ÖRR**

982 In der Bevölkerung entsteht zunehmend der Eindruck, dass der öffentlich-
983 rechtliche Rundfunk (ÖRR) mehr Meinungsvielfalt benötigt und die sachliche
984 Berichterstattung mehr Raum einnehmen muss. Wir setzen uns dafür ein, dass dem
985 idealerweise im Rahmen einer „Reform von Innen“ Rechnung getragen wird. Wir
986 bekennen uns zum dualen Mediensystem – bestehend aus dem ÖRR und privaten
987 Medien. Konkurrenz zu jedem Angebot privater Medien ist jedoch nicht Aufgabe des
988 ÖRR. Deshalb wollen wir einen **modernerer und schlankeren ÖRR, der sich auf seine**
989 **Kernaufgaben konzentriert:** Nachrichten, Bildung und Informationen. Durch eine
990 **Reduktion der Kanäle** sowie den **Abbau von Doppelstrukturen** wollen wir den
991 **Rundfunkbeitrag deutlich senken.** Junge Menschen in Ausbildung wollen wir vom
992 **Rundfunkbeitrag befreien.**

993 **c. Für eine neue Realpolitik in der Migration**

994 Wir wollen **geordnete Migration nach klaren Regeln, die auch durchgesetzt** werden.
995 Wir wollen **Einwanderung in den Arbeitsmarkt, nicht in die sozialen**
996 **Sicherungssysteme.** Und wir wollen unserer **humanitären Verantwortung** gerecht
997 werden, sie aber auch an unseren realen Möglichkeiten ausrichten. Nur durch
998 **nachhaltige Integration** lässt sich zudem die **gesellschaftliche Akzeptanz für**
999 **Einwanderung** erhalten.

1000 **Migration nach klaren Regeln**

1001 Wer die **Voraussetzungen** für einen Aufenthalt in Deutschland nicht erfüllt,
1002 sollte gar nicht erst dauerhaft nach Deutschland einreisen können. Wer **ohne**
1003 **Bleiberecht** hier ist, der muss **unverzüglich in seine Heimat zurückkehren.**
1004 **Rückführungen** scheitern jedoch zu oft am Vollzug durch die Bundesländer.
1005 Deswegen wollen wir die **Zuständigkeit für Abschiebungen auf der Bundesebene**
1006 **zentralisieren. Asylverfahren und Asylgerichtsverfahren** müssen weiter
1007 **beschleunigt werden. Asylverfahren** sollen zudem **auch in Drittstaaten**
1008 **stattfinden,** wenn Schutzsuchende dort sicher und **rechtstaatliche Verfahren**
1009 **gewährleistet sind.** Wir fordern zudem geordnetes Verfahren zur Feststellung von
1010 mehr **Sicheren Herkunftsstaaten.** Den **Familiennachzug** zu **subsidiär**
1011 **Schutzberechtigten** wollen wir **aussetzen** und **Aufnahmeprogramme pausieren.**
1012 Wir wollen gemeinsam mit unseren europäischen Partnern für mehr **Ordnung und**
1013 **Kontrolle** in der Migrationspolitik sorgen. Die Rolle von FRONTEX beim **Schutz der**
1014 **Außengrenzen** sowie bei der **Bekämpfung irregulärer Migration** und
1015 **Schleuserkriminalität** muss gestärkt werden. Die EU muss außerdem durch
1016 **Migrationsabkommen** erreichen, dass Herkunftsländer ihre Rücknahmebereitschaft

1017 erhöhen und irreguläre Migration eindämmen. Gleichzeitig wollen wir, dass
1018 Deutschland weiter erfolgreich bilaterale Migrationspartnerschaften erarbeitet.

1019 **Integration ermöglichen und gestalten**

1020 Die **Aufnahme- und Integrationsfähigkeit** unserer Gesellschaft ist begrenzt.
1021 Anhaltend hohe Flüchtlingszahlen **überlasten** die Infrastruktur in den **Kommunen**.
1022 Um die Rahmenbedingungen für Integration zu verbessern, wollen wir unter anderem
1023 das Instrument der **Wohnsitzauflage** stärker nutzen. Die bestehenden
1024 **Integrationskurse** müssen auf ihre **Wirksamkeit** hin überprüft werden. Insbesondere
1025 müssen wir **Sprach- und Integrationskurse voneinander trennen**, denn der
1026 derzeitige Ansatz hat sich als ineffektiv und kostspielig erwiesen. **Sprachkurse**
1027 sollen modular und leistungsdifferenziert ablaufen. Ihr primäres Ziel soll der
1028 Spracherwerb zur Integration in den Arbeitsmarkt sein. Beide Kurse müssen
1029 **berufsbegleitend** durchführbar sein.

1030 Wir Freie Demokraten wollen, dass die Verleihung der deutschen
1031 **Staatsangehörigkeit** am Ende einer **gelingen Integration** steht. Wir haben
1032 durchgesetzt, dass Menschen nur dann eingebürgert werden können, wenn sie ihren
1033 eigenen **Lebensunterhalt** verdienen. Damit senden wir das Signal, dass sich Fleiß
1034 und eigene Arbeitsleistung auszahlen. **Antisemitische, rassistische,**
1035 **fremdenfeindliche Handlungen oder Motive** stellen einen strengen **Ausschlussgrund**
1036 dar. Auch wer vorbestraft ist oder die **Werte unseres Grundgesetzes** nicht teilt,
1037 darf nicht eingebürgert werden.

1038 **Einwanderung in den Arbeitsmarkt statt in die sozialen Sicherungssysteme**

1039 Unser Land leidet unter einem strukturellen **Arbeitskräftemangel** und braucht
1040 daher Einwanderung in den Arbeitsmarkt. Wir Freie Demokraten haben mit dem
1041 **Einwanderungsgesetz** bereits die Regeln verbessert. Als nächsten Schritt fordern
1042 wir ein **Einwanderungsgesetzbuch aus einem Guss**, in dem alle gesetzlichen
1043 Grundlagen für Einwanderung und Asyl gebündelt werden. Zudem muss jetzt eine
1044 **Neuorganisation der behördlichen Strukturen und Verfahren** im Bereich der
1045 Arbeitsmigration folgen. Wir wollen, dass Menschen, die in den **deutschen**
1046 **Arbeitsmarkt einwandern** wollen, nur noch mit einer staatlichen Stelle zu tun
1047 haben. Um einen solchen **One-Stop-Shop für die Einwanderung in den Arbeitsmarkt**
1048 zu schaffen, muss der gesamte **Visaprozess** auf den **Prüfstand** gestellt werden.
1049 Hochqualifizierten **Fachkräften** wollen wir die Einwanderung in den Arbeitsmarkt
1050 weiter erleichtern. Da Deutschland einen weitreichenden Arbeitskräftemangel hat,
1051 wollen wir die Europäische Blue Card für weitere nicht-akademische Fachkräfte
1052 öffnen und die unpraktikablen Verdienstuntergrenzen abschaffen. Das Instrument
1053 der **Westbalkanregelung** wollen wir ausweiten. Außerdem wollen wir den Absolventen
1054 der weltweit besten 200 Universitäten ein einjähriges **Orientierungsvisum** zur
1055 Arbeitsfindung nach niederländischem Vorbild ermöglichen.

1056 **Schutzsuchende mit Bleiberecht** müssen zügig **Zugang zum Arbeitsmarkt** erhalten,
1057 damit sie so schnell wie möglich auf eigenen Füßen stehen und nicht vom
1058 Sozialstaat leben. Ein Job ist außerdem der beste Integrationskurs. Wir Freie
1059 Demokraten wollen **für alle anerkannten Flüchtlinge** – dazu gehören auch die
1060 ukrainischen Geflüchteten – **einen neuen sozialrechtlichen Status** statt des
1061 Bezugs von Bürgergeld schaffen. Er kombiniert eine stärkere Unterstützung für
1062 die Aufnahme von Arbeit und – soweit rechtlich möglich – geringere

1063 Sozialleistungen. Die Höhe der Sozialleistungen darf keinen Fehlanreiz
1064 darstellen. Deswegen wollen wir die Höhe der Sozialleistungen, etwa beim
1065 Asylbewerberleistungsgesetz, kritisch überprüfen und perspektivisch europäisch
1066 vereinheitlichen. Wir setzen zudem auf mehr Sach- statt Geldleistungen und
1067 fordern, dass die längst beschlossene Bezahlkarte flächendeckend und ohne
1068 unnötige Ausnahmen überall zum Einsatz kommt. Wer **rechtskräftig und vollziehbar**
1069 **ausreisepflichtig** ist und eine zumutbare Möglichkeit hat, Deutschland zu
1070 verlassen, darf **in der Regel keine staatliche Unterstützung** mehr erhalten.
1071 Personen, die die Identitätsfeststellungsverfahren aktiv behindern, sollen
1072 ebenfalls Sozialleistungen gestrichen werden. Für gut integrierte Schutzsuchende
1073 muss es die Möglichkeit eines **Spurwechsels** zur Einwanderung in den Arbeitsmarkt
1074 geben, wenn sie so qualifiziert sind, dass sie und ihre Familien von eigener
1075 Arbeit ohne Transferleistungen leben können.

1076 d. Liberale Politik für selbstbestimmte Frauen

1077 Im Hinblick auf die Gleichberechtigung von Frauen stellen wir fest, dass es noch
1078 immer Benachteiligungen gibt, die wir nicht akzeptieren können. Frauen erfahren
1079 häufiger als Männer häusliche Gewalt und erleben Einschränkungen in ihrer
1080 sexuellen und reproduktiven Selbstbestimmung, aber auch in ihrer
1081 gesundheitlichen Versorgung. Sie verdienen immer noch weniger Geld als Männer
1082 und leiden häufiger unter Altersarmut. Auch im Hinblick auf den beruflichen
1083 Aufstieg bestehen noch nicht gleiche Chancen. Das muss sich ändern.

1084 Körperliche Selbstbestimmung besser schützen

1085 Zur Bekämpfung von **häuslicher Gewalt gegen Frauen** möchten wir, dass Länder und
1086 Kommunen Frauenhausplätze bedarfsgerecht ausfinanzieren und dass durch eine
1087 bundesweite Online-Plattform verfügbare Frauenhausplätze in Echtzeit angezeigt
1088 werden.

1089 Wir möchten durch eine geschlechtsspezifische Versorgung und optimale Diagnosen
1090 die **Frauengesundheit** verbessern. So setzen wir uns für eine intensivere
1091 Erforschung von Krankheiten wie Endometriose, PCOS, Lipödem, Brustkrebs sowie
1092 geschlechtsspezifischer Unterschiede zwischen Männern und Frauen bei Herz-
1093 Kreislauf-Erkrankungen sein.

1094 **Ungewollt Schwangeren** möchten wir **bestmöglich helfen** und die unzureichende
1095 Versorgungslage verbessern. In allen Bundesländern soll in die Ausbildung der
1096 Gynäkologinnen und Gynäkologen der Schwangerschaftsabbruch in die Ausbildung
1097 integriert werden. Allen Frauen soll die Kostenübernahme des Abbruchs ermöglicht
1098 werden. Existierende Möglichkeiten **medikamentöser Abbruchmethoden** sollten
1099 Schwangeren **besser zugänglich gemacht** werden und z.B. medizinisches Personal und
1100 Hebammen begleitet werden können. Eine Reform der §§218, 218a StGB soll im Wege
1101 sog. Gruppenanträge im nächsten Bundestag beraten werden (*zu diskutieren*).

1102 **Weltweit** setzen wir uns für den **Schutz und die Stärkung von Frauenrechten** ein,
1103 z.B. durch den **Kampf gegen Zwangsheirat und Genitalverstümmelung** und eine
1104 **bessere Ahndung von sexualisierter Gewalt in Kriegen**. Frauen sollten
1105 systematischer in Friedensverhandlungen und Konfliktlösungen einbezogen werden.

1106 Ökonomische Selbstbestimmung von Frauen

1107 Die **ökonomische Freiheit von Frauen** stärken wir durch **bessere steuerliche**
1108 **Regelungen**, insbesondere durch die Abschaffung der Steuerklassen 3 und 5, für
1109 die wir uns weiterhin einsetzen. Familien und **Alleinerziehende** wollen wir
1110 stärker entlasten, indem wir die steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten
1111 und gesetzlichen Unterhaltsleistungen verbessern. Eine familienfreundliche
1112 Weiterentwicklung des Ehegattensplittings käme zudem Alleinerziehenden zugute.
1113 Zur Bekämpfung von **Altersarmut** bei Frauen möchten wir, dass Paare bei
1114 Erwerbsunterbrechungen aufgrund von Carearbeit standardisiert die Möglichkeit
1115 des Rentenpunkte-Splittings wahrnehmen. Um den Anteil von **Gründerinnen** zu
1116 erhöhen, begeistern wir insbesondere Mädchen in der Schule in **MINT-Fächern** und
1117 für Entrepreneurship-Education und erleichtern Frauen **Zugang zu Venture Capital**
1118 **Fonds staatlicher Förderbanken**.

1119 **e. Modernes Recht und faire Chancen für Familie und Senioren**

1120 Familienmodelle sind vielfältig, aber sie alle beruhen auf Werten und Fürsorge.
1121 Als Freie Demokraten wollen wir Familien in ihren unterschiedlichsten
1122 Konstellationen entsprechen und stärken. Die politischen Rahmenbedingungen
1123 müssen ein selbstbestimmtes Leben und eigenverantwortliche Entscheidungen
1124 ermöglichen.

1125 **Zeit für Familien**

1126 Familienmodelle sind vielfältig. Viele Paare streben heute eine
1127 partnerschaftliche Aufteilung der Sorgearbeit an. Das darf nicht an politischen
1128 Entscheidungen scheitern. Auch Eltern müssen selbstbestimmt sein. Ähnlich wie in
1129 Schweden möchten wir es Eltern, bzw. Elternteile ermöglichen, bis zu drei Monate
1130 der **Elterngeldmonate an Großeltern(-teile)** oder andere nahestehende
1131 Betreuungspersonen zu übertragen. Der maximale Bezug des Elterngeldes erhöht
1132 sich nicht, sondern wird auf das **Großelternteil** im Sinne eines
1133 „Großelterngeldes“ übertragen. (zu konsentieren)
1134 Das volle Elterngeld (14 Monate) soll deshalb nur dann voll ausgezahlt werden,
1135 wenn beide Partner je mindestens 30 Prozent Elterngeldmonate in Anspruch nehmen.
1136 (zu konsentieren) Die Höhe des **Elterngeldes** ist seit seiner Einführung im Jahr
1137 2007 nicht mehr in der Höhe angepasst worden. Wir möchten es entsprechend der
1138 Möglichkeiten im Haushalt über die nächsten Jahre schrittweise an das aktuelle
1139 Inflationsniveau anpassen.

1140 Die **Regelung und Beantragung des Elterngeldes sowie weiterer Familienleistungen**
1141 **müssen entbürokratisiert, digitalisiert** und automatisiert werden, z.B. durch
1142 eine KI-basierte Beantragung. Für **selbständige Frauen und Männer** sind die
1143 aktuellen Regelungen oft unzureichend, da sie häufig keine ausreichenden
1144 Einkommensersatzleistungen erhalten. Hier bedarf es spezieller Regelungen, die
1145 die individuelle Arbeitsrealität besser abbilden. Der **Mutterschutz** gehört
1146 reformiert. **Selbständigen Frauen** möchten wir es ermöglichen, einen flexiblen und
1147 freiwilligen Mutterschutz zu erhalten. Eine Schwangerschaft soll nicht zum
1148 Hindernis oder Hemmnis für eine Gründung werden. Bisher besteht ein Anspruch auf
1149 Mutterschutz bei Totgeburten erst ab der 24. Schwangerschaftswoche. Wir setzen
1150 uns dafür ein, dass Frauen, die eine **Fehlgeburt oder Totgeburt** erlitten haben,
1151 einen **gestaffelten Mutterschutz** in Anspruch nehmen können. Keine Frau soll am

1152 Tag nach der Fehlgeburt zur Arbeit gehen müssen.

1153 **Verbesserte Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf**

1154 Eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung fördert Chancengleichheit und ermöglicht
1155 Frauen gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsmarkt. Für eine **verbesserte**
1156 **Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf** soll der Ausbau von
1157 Betriebskindergärten unterstützt und bürokratische Hürden abgebaut werden. Der
1158 steuerliche Abzug von Kinderbetreuungskosten soll verbessert werden. Für eine
1159 verbesserte **Vereinbarkeit von Beruf und der Pflege** von Angehörigen setzen wir
1160 uns dafür ein, dass die Kurz- und Tagespflege für pflegebedürftige Menschen
1161 ausgebaut werden.

1162 Das veraltete Arbeitszeitgesetz schaffen wir ab, um **flexible Arbeitszeiten** zu
1163 ermöglichen. Flexible Arbeitszeiten, Teilzeit, Jobsharing, bzw. Topsharing und
1164 Homeoffice soll es Frauen wie Männern ermöglichen, Beruf und Familie besser zu
1165 vereinbaren.

1166 **Ein modernes Familienrecht**

1167 Wir fordern ein **modernes Fortpflanzungsmedizinengesetz**. Dies soll die
1168 **Legalisierung der Eizellspende** sowie die Klarstellung, dass die **Embryonenspende**
1169 **zulässig** ist, beinhalten. Wir wollen außerdem die **nicht-kommerzielle**
1170 **Leihmutterschaft** ermöglichen mit einem klaren Rechtsrahmen und eine **bessere**
1171 **finanzielle Förderung von Kinderwunschbehandlungen, unabhängig von Familienstand**
1172 **oder sexueller Orientierung**. Ein **modernes Familienrecht** soll die den heute
1173 vielfältigen Familienkonstellationen gerecht werden, etwa indem wir
1174 **Elterschaftsvereinbarungen** gerade in **Regenbogenfamilien vor der Empfängnis**
1175 ermöglichen, das Abstammungsrecht modernisieren, auch unverheirateten Paaren
1176 Adoptionen erlauben und die **Verantwortungsgemeinschaft gesetzlich verankern**.
1177 Gleichmaßen wollen wir **einvernehmliche Scheidungen beschleunigen** und
1178 **Scheidungsstermine auch per gerichtlicher Videokonferenz erlauben**. Wir Freie
1179 Demokraten wollen das sogenannte **Wechselmodell zum gesetzlichen Leitbild** bei der
1180 Betreuung minderjähriger Kinder nach einer Trennung der Eltern machen, wobei
1181 stets das Kindeswohl oberster Maßstab der Entscheidung bleibt. **Beide Eltern**
1182 **sollten berechtigt und verpflichtet sein**, sowohl für den Unterhalt als auch für
1183 die Betreuung mit einem substantiellen Anteil zu sorgen. Die Rechte der
1184 Großeltern im Umgang mit diesen Kindern wollen wir stärken.

1185 **Seniorinnen und Senioren**

1186 Die Werte einer freiheitsbasierten Politik gelten generationenübergreifend.
1187 Politik für **Seniorinnen und Senioren** ist für uns eine Querschnittsaufgabe, die
1188 die besonderen Bedürfnisse jedoch nicht als stigmatisierende Altersthemen
1189 versteht. Wir setzen uns für ein modernes Altersbild ein, das die Potenziale
1190 Älterer am Arbeitsplatz über den Renteneintritt hinaus, bei der Teilhabe am
1191 gesellschaftlichen Leben und beim ehrenamtlichen Engagement fördert. Das
1192 Renteneintrittsalter individualisieren wir. Mit der Einführung des
1193 Großelterngeldes (zu konsentieren) und einer **Verbesserung des Umgangsrechts**
1194 erkennen wir die Rolle vieler Großeltern bei der Unterstützung ihrer Enkel an.
1195 Die **Kreditvergabe für altersgerechte Sanierungen und Umbauten** unterstützen wir
1196 und mit der Einführung der **Verantwortungsgemeinschaft** ermöglichen wir die

1197 Möglichkeit für Alternativen zu traditionellen Familienstrukturen im Alter. Wir
1198 fordern die Einführung des „Lebenschancen-BaföG“ und ein **persönliches**
1199 **Freiraumkonto** für Weiterbildungsangebote und (zu konsentieren)einer
1200 **Digitaloffensive für Seniorinnen und Senioren**. Mobilität muss auch im Alter
1201 möglich sein, diskriminierende Zwangstests für Seniorinnen und Senioren lehnen
1202 wir ab.

1203 **f. Freude an Erfolg und Verantwortung durch Sport und starkes**
1204 **Ehrenamt**

1205 Eine funktionierende Demokratie braucht eine **lebendige Zivilgesellschaft** –
1206 Menschen, die sich gesellschaftlich oder politisch engagieren, sei es im Sport,
1207 in der Kultur oder in politischen Parteien.

1208 **Ehrenamt fördern**

1209 Damit mit sich Ehrenamtliche auf ihr Engagement konzentrieren können, wollen wir
1210 **Vereine bei Haftungsrisiken und Bürokratie deutlich entlasten. Digitale Angebote**
1211 **und Plattformen für Ehrenamtliche** sollen weiter **ausgebaut** werden. **Insbesondere**
1212 **schlagen wir eine Reduzierung von Dokumentations- und Aufbewahrungspflichten**
1213 **vor. Zudem streben wir eine zunehmende Digitalisierung der das Ehrenamt**
1214 **umgebenden steuer- und registerrechtlichen Abläufe an. in zentraler Vereinslotse**
1215 **führt übersichtlich durch alle Auflagen, Register- und Berichtspflichten. Das**
1216 **schaftt Sicherheit für Engagierte. Wir passen rechtliche Rahmen, Übungsleiter-**
1217 **und Ehrenamtspauschalen, sowie relevante Einnahmegrenzen an.**

1218 **Sport als gesellschaftliches Projekt**

1219 **Sport ist mehr als nur Bewegung – er hält gesund, verbindet Menschen und hilft,**
1220 **Pflegebedürftigkeit vorzubeugen. Um diese Potenziale zu heben, wollen wir neben**
1221 **einer generellen Stärkung des Ehrenamts insbesondere das Engagement der**
1222 **Babyboomer-Generation gezielt einbinden. Mit ihrer Erfahrung und Zeit können sie**
1223 **Sportangebote für Kinder, Jugendliche und Senioren ausbauen und die**
1224 **Vereinsarbeit beleben. Außerdem stärken wir die Zusammenarbeit zwischen**
1225 **Vereinen, Schulen, Unternehmen und sozialen Einrichtungen, um möglichst viele**
1226 **Menschen zu erreichen. Sport bringt Menschen zusammen, unabhängig von Herkunft**
1227 **oder Fähigkeiten. Die Bundesjugendspiele mit individuellen Leistungsanreizen**
1228 **halten wir aufrecht und ergänzen sie um die Möglichkeit, dort das Deutsche**
1229 **Sportabzeichen zu erwerben. So motivieren wir leistungsstarke Kinder und**
1230 **Bewegungsbenachteiligte gleichermaßen und fördern Leistung und Teilhabe bei**
1231 **jungen Menschen. Sportgroßveranstaltungen wie Olympische und Paralympische**
1232 **Spiele wollen wir wieder nach Deutschland holen – vorausgesetzt, sie entsprechen**
1233 **ökologischen, ökonomischen und humanitären Standards sowie den traditionellen**
1234 **Werten des Sports. Solche Events zeigen, wie Sport verbindet und Werte wie**
1235 **Inklusion und Fairness sichtbar macht. So stärken wir die Rolle des Sports bei**
1236 **Integration und Gewaltprävention und fördern Spitzensport mit klaren Zielen und**
1237 **effizienten Strukturen. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass eSports als**
1238 **gemeinnützig anerkannt wird.**

1239 **Für mehr Anreize im Freiwilligendienst**

1240 Wir Freie Demokraten sehen eine allgemeine Dienstpflicht, ein sog.

1241 Gesellschaftsjahr und verwandte Konzepte als einen schweren Freiheitseingriff.
1242 Einen solchen Pflichtdienst lehnen wir deshalb entschieden ab. Wir setzen
1243 stattdessen auf attraktive und berufsvorbereitende Freiwilligendienste.

1244 **g. Beste Gesundheit und Pflege für die Zukunft sichern**

1245 Zu einem freien und selbstbestimmten Leben gehört auch die **bestmögliche**
1246 **Gesundheits- und pflegerische Versorgung** bei stabilen Beiträgen. Wir Freie
1247 Demokraten wollen die **Gesundheitsversorgung patientenzentriert gestalten**. Wir
1248 bekennen uns zur Selbstverwaltung und stärken die Freien Berufe. **Unnötige**
1249 **Bürokratie** im Gesundheitswesen wollen wir **abbauen**, die **Digitalisierung weiter**
1250 **vorantreiben**.

1251 **Ob Land oder Stadt – Gesundheitsversorgung überall sichern**

1252 Als Freie Demokraten setzen wir uns dafür ein, dass alle Menschen in Deutschland
1253 Zugang zu einer wohnortnahen und qualitativ hochwertigen Versorgung haben – im
1254 **ländlichen Raum und in der Stadt**. In der **ambulanten Versorgung** setzen wir uns
1255 für ein Primärarztssystem ein: Hausärztinnen und Hausärzte sollten die erste
1256 Anlaufstelle für Patientinnen und Patienten sein. Zu einer Stärkung der
1257 flächendeckenden ambulanten Versorgung gehört für uns auch, dass die **ungekürzte**
1258 **Vergütung** aller Gesundheitsberufe leistungsgerecht erfolgen muss. In der
1259 **Krankenhausversorgung** wollen wir spezialisierte und damit **bessere Angebote**
1260 vorhalten, die Kostenentwicklung bremsen und zugleich Ärzte und Pflegekräfte
1261 entlasten. Auch müssen Krankenhäuser, Ärzte und der Rettungsdienst mit einer
1262 Notfallreform besser vernetzt, integriert und koordiniert werden. Wir wollen
1263 künstliche Sektorenbarrieren zwischen dem **ambulanten** und dem stationären
1264 Versorgungsbereich konsequent abbauen und die **Verzahnung und Vernetzung aller**
1265 **Versorgungsbereiche weiterentwickeln**.

1266 **Mehr Wahlfreiheit und Effizienz in der Gesundheit**

1267 Wir bekennen uns zum **dualen System aus gesetzlicher (GKV) und privater (PKV)**
1268 **Krankenversicherung**. Daher lehnen wir eine Einheitskasse (sog.
1269 **Bürgerversicherung**) ab. In beiden Versicherungssystemen wollen wir **Wechsel- und**
1270 **Wahlfreiheit der Versicherten stärken**. Um die ungebremste
1271 Leistungsausgabenentwicklung in der GKV in den Griff zu bekommen, sollen in
1272 Zukunft die **Ausgaben nicht stärker wachsen** als die Einnahmen. Zusätzlich werden
1273 **wir alle Leistungsausweitungen der letzten zehn Jahre einem Evidenz-, Effizienz-**
1274 **und Wirtschaftlichkeitscheck unterziehen**. Leistungen, die sich nicht bewährt
1275 haben, sollen aus dem GKV-Leistungskatalog gestrichen werden.

1276 **Innovationen fördern – Deutschland als Standort für Medizin stärken**

1277 Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass Patientinnen und Patienten in
1278 Deutschland **frühzeitig Zugang zu nutzbringenden und innovativen Arzneimitteln**
1279 erhalten. Dafür wollen wir den **Produktions- und Forschungsstandort Deutschland**
1280 **stärken**. Dies setzt voraus, dass die Gesundheitswirtschaft **zukunftsorientiert,**
1281 **digitalisiert und wettbewerbsfähig** agieren kann. Damit Medikamente schneller auf
1282 den Markt kommen, wollen wir **Zulassungsverfahren beschleunigen, die Regeln der**
1283 **Nutzenbewertung und der Preisverhandlungen überprüfen** und **bürokratische Hürden**
1284 **abbauen** – ohne dabei Kompromisse bei der Patientensicherheit zu machen.

1285 **Therapieerfolge wollen wir besonders vergüten.**

1286 **Erkrankungen durch Prävention vermeiden**

1287 Wir Freie Demokraten wollen eine **aktive Präventionsstrategie** starten. Die
1288 Digitalisierung bietet hierbei große Chancen, zum Beispiel durch
1289 **Gesundheits-Apps, Telemedizin und Wearables**. Wer Vorsorge betreibt, verursacht
1290 dadurch weniger Ausgaben für seine Krankenkasse. Deshalb wollen wir den
1291 Krankenkassen ermöglichen, für diese Versicherten einen **reduzierten**
1292 **Zusatzbeitrag einzuführen**. Auch in der **psychischen Gesundheit** wollen wir durch
1293 **Entstigmatisierung und niedrigschwellige, digitale Angebote** die Lebensqualität
1294 der Betroffenen stärken. Wir setzen uns für eine bessere psychotherapeutische
1295 Versorgung ein und wollen die Wartezeit auf einen Therapieplatz auf unter vier
1296 Wochen verkürzen. Bis zur Verkürzung der Wartezeiten wollen wir das
1297 Kostenerstattungsverfahren unbürokratischer machen und stärker standardisieren.

1298 Wir Freie Demokraten wollen die **Prävention** auch bei Suchtmitteln in den Fokus
1299 rücken. Statt das Konsumverhalten zu kriminalisieren, wollen wir durch
1300 **Aufklärung zu einem verantwortungsfähigen Umgang mit Suchtmitteln** verhelfen. Bei
1301 Cannabis haben wir bereits einen entscheidenden ersten Schritt gemacht, der
1302 hilft, den Schwarzmarkt einzudämmen und zugleich Qualität und Jugendschutz zu
1303 sichern. Wir halten deshalb an der Cannabis-Legalisierung fest.

1304 **Corona-Maßnahmen kritisch aufarbeiten**

1305 Unser Gesundheitssystem wurde von der Corona-Pandemie **unvorbereitet** getroffen.
1306 Dies hat unser Land auf eine Probe gestellt. Defizite, fehlende Vorbereitungen
1307 sowie übermäßige Grundrechtseingriffe haben das Vertrauen in unsere
1308 Institutionen enorm beschädigt. All dies muss gründlich aufgearbeitet werden.
1309 Wir Freie Demokraten fordern einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, um
1310 **echte Aufklärung und Transparenz** durch ein geordnetes Verfahren zu gewährleisten
1311 und **Handlungsempfehlungen** für zukünftige Krisen zu geben.

1312 **Selbstbestimmung bei Tod und Organspende**

1313 Für uns Freie Demokraten ist die **körperliche Selbstbestimmung** ein zentraler
1314 Aspekt einer **liberalen** Gesellschaft. Wir wollen die **Organspendezahlen steigern**
1315 und dabei gleichzeitig die selbstbestimmte Entscheidung des Einzelnen wahren.
1316 Wir setzen uns **außerdem** dafür ein, Regelungen zur **Lebendorganspende** zu
1317 **liberalisieren**. Zu einem freien Leben gehört auch die **Selbstbestimmung am**
1318 **Lebensende**. Wir stehen fest zum **Recht auf ein selbstbestimmtes Sterben**. Dazu
1319 gehört auch die **Möglichkeit, Sterbehilfe rechtssicher in Anspruch zu nehmen**.
1320 Zugleich muss der Staat **jedem, der Suizidgedanken hat, die helfende Hand reichen**
1321 . Die **Suizidprävention** wollen wir deshalb **spürbar ausbauen**.

1322 **Stärkung der Pflege**

1323 Pflegebedürftigkeit kann alle treffen – ob durch Unfall, Krankheit oder im
1324 Alter. Gute Pflege braucht Versorgungssicherheit. Wir Freie Demokraten befreien
1325 Pflegeanbieter von doppelten Prüfungen ohne Mehrwert, unnötigen Nachweis- und
1326 Dokumentationspflichten und überbordenden Vorgaben. Pflegende Angehörige
1327 entlasten wir, indem **Pflege und Beruf vereinbarer werden**. Zugleich wollen wir
1328 die Situation und besonderen Bedürfnisse **pflegender Kinder und Jugendlicher** in
1329 den Blick nehmen und **niedrigschwellige Beratungsangebote** ausbauen. Wir wollen im

1330 **Inland und Ausland mehr Pflegefachkräfte gewinnen.** Dafür wollen wir
1331 **Anerkennungsverfahren für ausländische Pflegekräfte drastisch vereinfachen.**
1332 **Durch digitale Anwendungen, Automatisierung und Robotik** wollen wir maßgeblich
1333 **zur Entlastung des Pflegepersonals** beitragen. Eine alternde Gesellschaft
1334 bedeutet mehr Pflegebedürftige und weniger Beitragszahler. Daher muss die
1335 **Finanzierung der Pflege diversifiziert** werden. Das umlagefinanzierte System der
1336 sozialen Pflegeversicherung als Teilleistung wollen wir dabei beibehalten. Zur
1337 Stabilisierung der Beitragssätze wollen wir sie **um eine kapitalgedeckte**
1338 **Komponente ergänzen.** Zudem setzen wir uns für mehr **Anreize für private**
1339 **Pflegevorsorge** sowie für die **Gleichbehandlung von betrieblicher Pflegevorsorge**
1340 **und Betriebsrente** ein.

1341 **V. Für einen schlanken Staat, der funktioniert**

1342 Manche verdrängen es, und doch spüren es alle: In Deutschland reguliert der
1343 Staat mehr, als er verwalten kann. Er möchte Problemlöser für alles und jeden
1344 sein und wird dadurch selbst zum Problem. Denn noch nie hatte der Staat soviel
1345 Geld, soviel Personal und so viele Befugnisse zur Verfügung wie heute und
1346 trotzdem funktioniert vieles nicht besser. Diese Überforderung kostet jeden Tag
1347 Vertrauen und stärkt die politischen Ränder. Statt ständig neue Aufgaben zu
1348 definieren, muss sich der Staat auf das Wesentliche konzentrieren. Dabei stärken
1349 wir den Kern eines schlanken Staates: Solide Finanzen sind die Basis. Wir wollen
1350 alle Generationen vor den Lasten einer überbordenden Staatsverschuldung und den
1351 Auswirkungen des demographischen Wandels bewahren. Subventionierungen für Wenige
1352 schneiden wir zurück, dafür schaffen wir bessere Standortbedingungen für alle.
1353 Dort, wo wir wirklich auf einen gut funktionierenden Staat angewiesen sind, muss er
1354 besser ausgestattet sein. Der Föderalismus muss einfacher und der Staat
1355 schlanker und effizienter werden. Mit klaren Zuständigkeiten wollen wir das
1356 Zusammenspiel von Bund und Ländern vom Hindernis zum Standortvorteil upgraden.
1357 In Deutschland muss sich vieles ändern. Der Staat ist dabei vielleicht die
1358 größte Baustelle. Wir haben es in der Hand, das zu ändern.

1359 **a. Solide Staatsfinanzen**

1360 Wir Freie Demokraten wollen künftige Generationen vor den Lasten einer
1361 überbordenden Staatsverschuldung schützen. Daher stehen wir für
1362 verantwortungsvolle und zukunftsorientierte Haushalts- und Finanzpolitik. Unser
1363 Ziel ist eine erfolgreiche Volkswirtschaft, die wächst und Wohlstand schafft.

1364 **Schuldenbremse einhalten ist Generationengerechtigkeit**

1365 Freiheit für künftige Generationen bedeutet auch, ihnen keine Schuldenberge zu
1366 hinterlassen. Daher ist für uns Freie Demokraten die **Einhaltung der im**
1367 **Grundgesetz verankerten Schuldenbremse** zentrales Gebot der
1368 Generationengerechtigkeit. Sonst haften Kinder für ihre Eltern. Diese gilt auch
1369 für die Bundesländer. Nachhaltige und priorisierende Haushalte schaffen
1370 Generationengerechtigkeit, weil Lasten nicht auf künftige Generationen
1371 übertragen werden. Nur so sichern wir die **finanziellen Handlungsspielräume**
1372 **kommender Generationen.**

1373 **Keine Schulden auf europäischer Ebene**

1374 Wir Freie Demokraten sind strikt **gegen eine Verschuldungskompetenz der**
1375 **Europäischen Union**. Der EU-Wiederaufbaufonds Next Generation EU muss eine
1376 einmalige Ausnahme bleiben. Weitere EU-Schuldenfonds wären ein Rechts- und
1377 Vertrauensbruch. Die Europäische Union braucht keine neuen Schulden, sondern
1378 muss sich auf die Kernaufgaben mit europäischem Mehrwert besinnen. Wir Freie
1379 Demokraten positionieren uns deshalb dezidiert gegen eine Europäische
1380 Schuldenunion.

1381 **b. Weniger Subventionen und mehr Markt**

1382 Wir Freie Demokraten wollen **Subventionen zurückfahren**, damit Finanzhilfen und
1383 Steuerermäßigungen auf ein angemessenes Verhältnis zur wirtschaftlichen
1384 Wertschöpfung gebracht werden. Denn die vielen Milliarden Euro staatlicher
1385 Gelder an einzelne Branchen und Unternehmen sind zum Beispiel in der Bildung
1386 langfristig besser investiert. Bestehende und neue Subventionsprogramme müssen
1387 künftig konsequent zeitlich befristet, degressiv ausgestaltet und extern
1388 evaluiert werden. Wir Freie Demokraten wollen **Staatsbeteiligungen veräußern**,
1389 weil private Investoren die besseren Unternehmer sind. Dabei müssen wir auch das
1390 Haushaltsrecht des Bundes anpassen, damit es einer gesamtwirtschaftlich
1391 sinnvollen Veräußerung von Bundesbeteiligungen nicht im Wege steht.

1392 **c. Mit einer Föderalismusreform den Staat modernisieren**

1393 Die föderale Struktur und Verwaltung in Deutschland hat sich bewährt, aber sie
1394 braucht ein Update, das **Effizienz und Bürgerfreundlichkeit in den Mittelpunkt**
1395 stellt. Ein agiler Staat, der zeigt, dass er sich selbst reformieren kann,
1396 beweist seine Handlungsfähigkeit und stärkt das Vertrauen der Bürgerinnen und
1397 Bürger in demokratische Institutionen.

1398 **Eine Generalinventur ist dafür der erste notwendige Schritt**. Es müssen alle
1399 föderalen Zuständigkeiten und Verwaltungsprozesse einer **kritischen Überprüfung**
1400 unterzogen werden. Zu viele Behörden auf Bundes- und Landesebene sowie in den
1401 Kommunen überschneiden sich bei der Erfüllung ihrer Aufgaben. Die
1402 Generalinventur muss von einem klaren politischen Willen getragen sein, die
1403 **Effizienz und Handlungsfähigkeit des Staates zu verbessern**, und mit einer
1404 Föderalismusreform abgeschlossen werden. Für uns haben Reformen im Finanz- und
1405 im Bildungsbereich, bei der Inneren Sicherheit, dem Bevölkerungs- und
1406 Katastrophenschutz, der Migration und der Digitalisierung Priorität.

1407 Im Zuge einer Föderalismusreform muss auch das Steueraufkommen zwischen Bund und
1408 Ländern so verteilt werden, dass die inzwischen erhebliche Mitfinanzierung von
1409 Länderaufgaben durch den Bund von diesem auch geleistet werden kann. Wir Freie
1410 Demokraten wollen **Ausgaben des Bundes grundsätzlich stärker auf die originären**
1411 **Aufgaben des Bundes beschränken**. Aufgaben der Länder sollte der Bund nur in
1412 Ausnahmefällen bezuschussen. Ein starker Föderalismus braucht klare
1413 Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten. Wir halten eine neue
1414 Finanzföderalismuskommission daher für unerlässlich und werden uns für deren
1415 Einsetzung stark machen. Werden Aufgaben zwischen Bund und Ländern verändert,
1416 muss dies auch durch eine Änderung der Finanzierungsströme unterlegt sein.

1417 **d. Ein agiler Staat für ein modernes Land**

1418 **Eine Bundesregierung, die mit gutem Beispiel vorangeht**

1419 Ein schlanker und ressourcenschonender Staat beginnt bei der Bundesregierung.

1420 Deshalb wollen wir die **Zahl der Beauftragten der Bundesregierung deutlich**

1421 **reduzieren** und mit Hilfe eines **One in, one out-Prinzips** dauerhaft auf

1422 niedrigerem Niveau halten. Außerdem wollen wir die Zahl der **Staatssekretäre in**

1423 **den Ministerien beschränken** und die Laufbahnordnung flexibilisieren. **Die**

1424 **Bundesagentur für Sprunginnovationen (SPRIND) sollte ein Vorbild für die**

1425 **Freisetzung von Potentialen sein.** Mit dem SPRIND-Freiheitsgesetz haben wir

1426 Freiräume für Innovation geschaffen – etwa durch den Verzicht auf

1427 Zwischeninstanzen und eine Ausnahme vom Besserstellungsverbot, um

1428 hochqualifizierte Fachkräfte zu gewinnen. So können etwa Top-Experten aus der

1429 Wirtschaft projektbezogen oder zeitlich befristet für Spezialaufgaben zu

1430 marktgerechteren Konditionen angeworben werden, was mit den üblichen

1431 Instrumenten des öffentlichen Dienstrechts nicht gelingt.

1432 Wir Freie Demokraten wollen die Zahl der **Bundesministerien reduzieren, um den**

1433 **Personalbauch abzuflachen und für klare Zuständigkeiten zu sorgen.** Das

1434 **Entwicklungsministerium sollte mit dem Auswärtigen Amt fusioniert werden.** Das

1435 Bauministerium kann wieder in das Innenministerium integriert werden. Das

1436 Querschnittsthema Digitalisierung, das alle Ressorts betrifft und überall

1437 Ressourcen bindet, sollte in einem **zentralen Digitalisierungsministerium (zu**

1438 **konsentieren)** zusammengefasst werden. Schlankere Strukturen innerhalb der

1439 Ministerien – etwa durch den **Wegfall von Unterabteilungsleitungen** – sollen

1440 Entscheidungswege innerhalb der Ministerien **verkürzen.** Im Sinne des **Dynamic**

1441 **Shared Ownership (DSO)** soll der weit **überwiegende** Teil der Entscheidungen dort

1442 getroffen werden, wo die eigentliche Arbeit gemacht wird. Das stärkt die

1443 Verantwortungskompetenz.

1444 **Eine leistungsorientierte Verwaltung für die Bürgerinnen und Bürger**

1445 In der öffentlichen Verwaltung ist derzeit ein Aufstieg nur in einem starren

1446 Rahmen möglich. Wir wollen **mehr Raum für fachliche Exzellenz schaffen, besonders**

1447 **in technischen Disziplinen.** Mit einem flexibleren öffentlichen Dienstrecht

1448 wollen wir es Beamten ermöglichen, berufliche Erfahrungen außerhalb der

1449 Verwaltung zu sammeln – und dies zum Teil auch einfordern. So wird

1450 sichergestellt, dass erworbene Expertise im Karriere- und Vergütungsmodell ihren

1451 Ausdruck findet. Außerdem wollen wir mit der **Einführung von Expert Tracks** auch

1452 hochkompetenten Experten außerhalb der klassischen Laufbahnen Beförderungen

1453 ermöglichen, ohne ihr Fachgebiet verlassen zu müssen.

1454 Der **Leistungsgedanke** muss sich stärker in der Verwaltung wiederfinden – denn

1455 Verwaltung darf kein Selbstzweck sein. Sie dient den Bürgerinnen und Bürgern.

1456 Die **Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger sollte in die beamtenrechtliche**

1457 **Beurteilung von Behördenleitungen und Mitarbeitenden einfließen.** So entsteht ein

1458 Anreiz für besseren Service und mehr Bürgerfreundlichkeit. Dafür wollen wir ein

1459 einheitliches Bewertungssystem schaffen und **Performance-Indikatoren** im

1460 öffentlichen Dienst einführen. **Verbindliche Zielvereinbarungen** runden den neuen

1461 Leistungsgedanken im öffentlichen Dienst ab.

1462 **e. Umfassende Digitalisierung der Verwaltung**

1463 Staatliche Einrichtungen müssen Probleme der Menschen lösen und nicht neue
1464 Probleme schaffen. Wir stehen für eine **digitale und bürgerfreundliche Verwaltung**
1465 , die aufgeschlossen für technische Neuerungen ist. Auch hier wollen wir
1466 **überlappende Behörden reduzieren**. Mit modernen Technologien wie der
1467 DeutschlandID als das digitale Bürgerkonto sowie KI-gestützten
1468 Verwaltungsassistenten verschlanken und modernisieren wir die Strukturen. Das
1469 macht sie schneller und bürgerfreundlicher und **entlastet die Steuerzahler**.
1470 Weniger Bürokratie, mehr Digitalisierung – für eine zukunftsfähige Verwaltung.

1471 **Ein Ministerium für Digitalisierung (zu konsentieren)**

1472 Ohne eine leistungsfähige digitale Infrastruktur funktioniert unser Land nicht.
1473 Veraltete Strukturen werden wir überwinden: Wir werden dafür ein
1474 **Bundesministerium für Digitalisierung** einrichten, das sich aus bestehenden
1475 Abteilungen anderer Ministerien bildet und das als zentrale Instanz die
1476 Digitalisierung der Verwaltung bundesweit einheitlich steuert. Zentral ist, dass
1477 die Befugnisse der Verwaltungsdigitalisierung aus dem Bundesinnenministerium
1478 herausgelöst werden. Dieses wichtige Thema ist dort bislang stiefmütterlich
1479 behandelt worden. Es muss aber TOP-Priorität sein.

1480 **Verwaltungsdigitalisierung für eine Verwaltung von morgen**

1481 Wir Freie Demokraten fordern die Einführung einer **Once-only-Garantie** und eines
1482 **Rechtsanspruchs auf digitale Verwaltungsleistungen**. Der Staat darf die Menschen
1483 nicht ständig nach Informationen fragen, die er schon hat. Bürgerinnen, Bürger
1484 und Unternehmen sollen künftig das **Recht haben, dass alle Verwaltungsleistungen**
1485 **digital bereitgestellt und online abgewickelt werden können**. Außerdem wollen wir
1486 alle relevanten Register, wie z.B. Melderegister, Unternehmensregister und
1487 Gesundheitsregister, vollständig digitalisieren und vernetzen. Damit werden wir
1488 Verwaltungsprozesse deutlich **beschleunigen** und vereinfachen.

1489 Ein zentrales Element für eine erfolgreiche **Verwaltungsdigitalisierung** ist das
1490 „Government as a Platform“-Modell (GaaP). Diese einheitliche Plattform
1491 beinhaltet dann alle digitalen Verwaltungsanwendungen in Deutschland. In der neu
1492 geschaffenen **digitalen Wallet** können Bürger ihre wichtigsten Dokumente und
1493 Nachweise sicher und jederzeit griffbereit auf ihrem Smartphone speichern. Dazu
1494 zählt auch das **digitale Ausweisdokument** (digitale Identität). Damit können die
1495 **Bürger sich fälschungssicher identifizieren** und digitale Angebote sicher nutzen.
1496 **Behördengänge** sind so in Zukunft **von zu Hause** aus möglich. Deutschland muss
1497 **schneller und agiler** werden. Nur durch effiziente Verwaltungsstrukturen werden
1498 wir den Herausforderungen unserer Zeit gerecht.

1499 Wir Freie Demokraten wollen **keine analog-digitalen Doppelstrukturen**. Wir wollen
1500 analoge Prozesse konsequent abschaffen und durch moderne, effizientere digitale
1501 Lösungen ersetzen. Dabei setzen wir aber nicht lediglich auf eine Eins-zu-Eins-
1502 Übertragung analoger Prozesse ins Digitale, sondern verstehen die
1503 Digitalisierung der Verwaltung als umfassende Modernisierung. Wir Freie
1504 Demokraten trauen den Menschen diese digitale Transformation zu. Wir setzen auf
1505 einfache Lösungen vor Ort: Zum Beispiel einfach zu bedienende Terminals vor Ort
1506 in den Behörden und **Unterstützung durch menschliche Digitallotsen**, damit niemand

1507 ausgeschlossen wird. Außerdem wollen wir einen **KI-Bürgerassistenten** einführen,
1508 der Bürgerinnen und Bürger bei digitalen Behördengängen unterstützt.

1509 **VI. Nachhaltigkeit, Innovation und Infrastruktur**

1510 Nachhaltigkeit braucht Innovationen. Das gilt für erfolgreichen Klimaschutz
1511 ebenso wie für die Art wie wir in Deutschland zukünftig wohnen, uns fortbewegen
1512 und Lebensmittel produzieren wollen. Der Staat ist auf die Einhaltung
1513 bestehender Regeln fixiert. Daher ist er kein guter Innovator. Weil er sich in
1514 so viele Lebensbereiche ausgebreitet hat, hat unser Land Innovationskraft
1515 verloren. Aber das lässt sich ändern. Wir Freie Demokraten wollen die
1516 europäischen Klimaziele sicher und so kostengünstig wie möglich erreichen. Dafür
1517 werden wir einen einheitlichen **europäischen Emissionshandel als Leitinstrument**
1518 **der Klimapolitik** etablieren. Technologieverbote braucht es dafür nicht. Im
1519 Gegenteil: Wir werden Innovation über Bedenkenträgerei stellen und dafür sorgen,
1520 dass neue Technologien und Geschäftsmodelle nicht in übermäßiger Regulierung
1521 ersticken. Die Zeit der Ausreden ist vorbei: Jetzt geht es ums **Möglichmachen**.
1522 Die Menschen brauchen bezahlbaren Wohnraum. Was wollen schnelleres und
1523 günstigeres Bauen möglich machen.

1524 Eine moderne und leistungsfähige Infrastruktur ist der Schlüssel für Wachstum
1525 und Wohlstand. Brücken, Straßen, Schienen und Flughäfen schaffen echte Mehrwerte
1526 im Alltag der Menschen. Unser Ziel ist, die Planungszeiten für alle
1527 Infrastrukturprojekte mindestens zu halbieren. Das gilt auch für den digitalen
1528 Raum. Ohne eine leistungsfähige digitale Infrastruktur funktioniert unser Land
1529 nicht. Veralterte Strukturen werden wir überwinden. Landwirte respektieren wir
1530 als Unternehmer. Wir werden die Agrarpolitik stärker am unternehmerischen
1531 Handeln der Landwirte ausrichten. Durch den Fokus auf Produktivitätssteigerung
1532 und Innovationen statt ineffektiver Subventionen machen wir Landwirte unabhängig
1533 von staatlichen Zuwendungen.

1534 **a. Umwelt- und Klimaschutz durch Innovation und Marktwirtschaft**

1535 **Leitinstrument EU-Emissionshandel: Effizienz statt Überregulierung**

1536 Wir Freie Demokraten wollen die europäischen Klimaziele sicher und so
1537 kostengünstig wie möglich erreichen. Dafür wollen wir einen einheitlichen
1538 **europäischen Emissionshandel als Leitinstrument der Klimapolitik** etablieren. Mit
1539 seiner jährlich sinkenden Obergrenze für CO₂-Emissionen stellt der
1540 Emissionshandel sicher, dass die europäischen Klimaziele eingehalten werden. Der
1541 durch den Handel mit Emissionsrechten gebildete CO₂-Preis sorgt dafür, dass CO₂
1542 immer dort eingespart wird, wo dies am günstigsten ist. Weitere Regulierungen,
1543 die aufgrund der gedeckelten CO₂-Menge im Emissionshandel keinerlei zusätzlichen
1544 Nutzen für den Klimaschutz haben, müssen abgeschafft werden. Um die Klimaziele
1545 des Pariser Abkommens zu erreichen und faire Wettbewerbsbedingungen für die
1546 europäische Industrie sicherzustellen, setzen wir uns für einen internationalen
1547 Emissionshandel mit einem globalen CO₂-Preis ein.

1548 Da nationale Sonderziele im Rahmen des europäischen Emissionshandels keinerlei
1549 zusätzlichen Nutzen für den Klimaschutz haben können, wollen wir das **Ziel der**
1550 **Klimaneutralität bis 2045** im deutschen Klimaschutzgesetz durch das **europäische**

1551 **Ziel der Klimaneutralität bis 2050 ersetzen.** Wir Freie Demokraten wollen eine
1552 **Klimadividende einführen**, um Einnahmen aus dem Emissionshandel direkt und
1553 pauschal pro Kopf an die Bürgerinnen und Bürger zurückzuzahlen.

1554 Wir Freie Demokraten setzen auf **Technologieoffenheit beim Klimaschutz**. Denn wenn
1555 Politiker und Beamte vorschreiben, welche Technologien eingesetzt und welche
1556 verboten werden, wird die Innovationskraft der Unternehmen gebremst und
1557 Klimaschutz nur unnötig teuer. Deshalb setzen wir uns für eine **umgehende**
1558 **Aufhebung des faktischen Verbrenner-Verbots** ab dem Jahr 2035 ein und wollen die
1559 Abscheidung und Speicherung von CO₂ (CCS) diskriminierungsfrei als Klimaschutz-
1560 Option ermöglichen.

1561 **Umweltpolitik als Innovationsmotor – Erfolgreich im weltweiten Markt**

1562 Wir wollen Umwelttechnik „Made in Germany“. Dazu müssen wir Rahmenbedingungen
1563 setzen, die Innovationen hervorbringen, welche in anderen Ländern Europas und
1564 weltweit nachgefragt werden. Dazu wollen wir die Innovationskraft unserer
1565 Unternehmen stärken, indem wir nationale Sonderwege vermeiden.

1566 Mit der Chemieindustrie, der Automobilindustrie und dem Maschinenbau verfügen
1567 wir in Deutschland über weltweit erfolgreiche Branchen. Auf dem Weg zur
1568 Nachhaltigkeit hat sich Deutschland durch restriktive Regulierungen
1569 beispielsweise bei Grenzwerten, Technikvorgaben und Quotenanforderungen deutlich
1570 über den europäischen Rahmen hinausbewegt und sich weit von weltweiter
1571 Regulierung entfernt. Die im und für den deutschen Markt entwickelten Produkte
1572 verfehlen somit die Anforderungen anderer Märkte. Wir werden die **Umweltstandards**
1573 **in Deutschland und Europa zusammenführen und es unserer Industrie so**
1574 **ermöglichen, weltweit nachgefragte Produkte zu entwickeln.**

1575 **Natur- und Artenschutz effektiver und zielgenauer gestalten**

1576 Wir setzen mit dem Ansatz „**Populationsschutz statt Individuenschutz**“ auf
1577 effektive, ganzheitliche Naturschutzmaßnahmen. Wir stellen den Erhalt ganzer
1578 Populationen und **Lebensräume in den** Vordergrund und vermeiden somit, dass
1579 einzelne Sichtungen von **einzelnen Individuen** Bauvorhaben über lange Zeit
1580 blockieren, ohne dass ihre Art überhaupt gefährdet ist. Bisher müssen
1581 Bauvorhaben, die **neue Flächen** nutzen, individuell genehmigte Ausgleichsflächen
1582 finden und diese **ausschließlich** für den Naturschutz einsetzen. Das führt oftmals
1583 dazu, dass **Projekte** lange Zeit nicht realisiert werden können. Hinzu kommt, dass
1584 **dadurch viele kleinteilig** angelegte Naturschutzmaßnahmen entstehen, die oft
1585 **nicht miteinander abgestimmt** sind. Ihr Nutzen für den Naturschutz ist daher
1586 **begrenzt**. Wir **wollen Ersatzgeldzahlungen statt die reale Kompensation** durch
1587 **Ausgleichsflächen** zum Standard machen. Das entlastet sowohl Behörden als auch
1588 **Unternehmen**. Die gezahlten Gelder können über einen Fonds von Experten
1589 koordiniert für wirklich wirksame Naturschutzprojekte eingesetzt werden. So
1590 entstehen großflächige, miteinander verbundene Schutzmaßnahmen, die Lebensräume
1591 sichern, Artenvielfalt fördern und die Natur langfristig schützen. Gleichzeitig
1592 profitieren Unternehmen von einem einfacheren Verfahren und bekommen
1593 Planungssicherheit.

1594 Ein zentrales Instrument für mehr Klima-, Arten- und Naturschutz ist die
1595 **Kreislaufwirtschaft**. Mit neuen, innovativen Verfahren können Abfälle der

1596 Vergangenheit zu Rohstoffen der Zukunft werden. Wir wollen **moderne**
1597 **Recyclingmethoden statt Produktverbote**. Dazu werden wir den bisherigen
1598 gesetzlichen Rahmen marktwirtschaftlicher und technologieoffener ausgestalten.
1599 Damit machen wir unser Land gleichzeitig unabhängiger von Rohstoffimporten.

1600 **b. Bessere Infrastruktur und technologie neutrale Mobilität**

1601 Wir wollen, dass die Menschen in unserem Land individuell und bezahlbar mobil
1602 bleiben. Wir Freie Demokraten lehnen ein generelles Tempolimit auf Autobahnen
1603 ab. Ein faires Miteinander aller Verkehrsteilnehmer - ob Auto, Motorrad,
1604 Fahrrad, E-Scooter oder Fußgänger - erreichen wir nicht durch Verbote, sondern
1605 durch ausgewogene Regeln und gegenseitigen Respekt

1606 **Moderne Infrastruktur – Planungsverfahren beschleunigen**

1607 Eine moderne und leistungsfähige Infrastruktur ist der Schlüssel für Wachstum
1608 und Wohlstand. Brücken, Straßen, Schienen und Flughäfen schaffen **echte Mehrwerte**
1609 im Alltag der Menschen. Wir haben das Straßenverkehrsrecht vereinfacht und
1610 Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung auf den Weg gebracht. **Diesen Weg gehen**
1611 wir konsequent weiter. Ziel ist es die **Planungszeiten** für alle
1612 Infrastrukturprojekte mindestens zu **halbieren**, um Straßen, Schienen,
1613 Wasserstraßen und digitale Netze schneller auszubauen. Wir setzen uns dafür ein,
1614 dass **sowohl Mobilfunk- auch Glasfaserausbau überragendes öffentliches Interesse**
1615 **im Telekommunikationsnetzausbaubeschleunigungsgesetz des Bundes werden**. In einem
1616 nächsten Schritt wollen wir Ersatzneubauten von **Infrastruktur** generell
1617 genehmigungsfrei stellen, auch wenn **diese** erweitert und an den wachsenden Bedarf
1618 angepasst werden müssen. Wir Freie Demokraten wollen weniger Staus durch den
1619 **Baustellen-Turbo**. Dazu müssen die Ausschreibungsmodalitäten so angepasst werden,
1620 dass über Anreize schnelles und fristgerechtes **Bauen** belohnt wird.

1621 Angesichts eines steigenden **Investitionsbedarfs** brauchen wir eine nachhaltige
1622 Lösung im Rahmen der **Schuldenbremse** für den Erhalt und den Ausbau der
1623 Infrastruktur in **Deutschland**. Wir wollen den Finanzierungskreislauf Straße
1624 stärken, eigene Einnahmen für die Autobahn GmbH durch die LKW-Maut und eine
1625 Öffnung für **privates Kapital**, um eine auskömmliche und überjährige Planung und
1626 Finanzierung zu ermöglichen.

1627 **Technologiefreiheit statt ideologischer Verkehrspolitik**

1628 **Alle Generationen** in unserem Land vereint das Bedürfnis nach individueller
1629 **Mobilität**. Statt eines **Verbotes des Verbrennungsmotors**, ermöglichen wir
1630 **alternative Kraftstoffe**. Denn nicht die Antriebstechnik, sondern die fossilen
1631 **Kraftstoffe** sind das Problem. So können wir auch in Zukunft die Bestandsflotte
1632 **klimaneutral** betreiben. Damit sichern wir bezahlbare und nachhaltige Mobilität
1633 unabhängig von der Antriebsart. Auch der Flug- und Schiffsverkehr lässt sich mit
1634 erneuerbaren Kraftstoffen umweltfreundlicher gestalten. Wir möchten die
1635 Emissionsvorgaben für Autos grundlegend überarbeiten. Der Fokus soll nicht nur
1636 auf den Abgasen während der Fahrt liegen. Stattdessen wollen wir den gesamten
1637 Lebenszyklus eines Fahrzeugs betrachten. Zudem möchten wir die
1638 **EU-Flottengrenzwerte abschaffen**. Das schafft mehr Flexibilität für die
1639 Industrie. So kann sie auf neue Technologien setzen, die sowohl das Klima
1640 schützt als auch Arbeitsplätze sichert. Für eine technologie neutrale,

1641 nachhaltige Mobilitätspolitik wollen wir eine Gleichstellung von
1642 Elektromobilität, klimaneutralen Kraftstoffen und Wasserstoff bei Regulatorik,
1643 Besteuerung und Förderung. Nur durch echte Offenheit für verschiedene
1644 Technologien können wir die Mobilität der Zukunft gestalten. Diese muss den
1645 Klimaschutz voranbringen und gleichzeitig die wirtschaftliche Stabilität
1646 stärken.

1647 Wir Freie Demokraten wollen das autonome Fahren Alltag werden lassen. Dazu
1648 gehört die **Zulassung automatisierter Fahrsysteme aller Entwicklungsstufen**. Der
1649 Führerschein bedeutet für viele Jugendliche Freiheit. Deshalb wollen wir den
1650 Führerschein und die Berufskraftfahrerqualifikation (Lkw-Führerschein, Bus-
1651 Führerschein) wieder günstiger machen, z. B. durch den Verzicht auf ein
1652 Tagesobergrenze für den Theorieunterricht, die Möglichkeit den Theorieunterricht
1653 digital zu absolvieren und die Integration von Fahrsimulatoren in der
1654 Ausbildung. Mit der Öffnung des Prüfungsmarktes für weitere Anbieter und einer
1655 Weiterbildung zum Fahrprüfer auch ohne Ingenieursstudium wollen wir die Anzahl
1656 an Prüfterminen steigern und Wartezeiten deutlich senken. Das **begleitete Fahren**
1657 wollen wir **ab 16 Jahren** ermöglichen – denn frühe Fahrpraxis erhöht nachweislich
1658 die Verkehrssicherheit. Diskriminierende **Zwangstests für Senioren lehnen wir ab**.
1659 Wir als FDP setzen uns für eine Digitalisierung des Führerscheines und der
1660 Fahrzeugpapiere ein, um Bürokratie abzubauen. Die Digitale Zulassung war nur der
1661 Anfang.

1662 **ÖPNV durch Markt und Innovation stärken**

1663 Ein **funktionierender Öffentlicher Personennahverkehr** ist eine notwendige
1664 Ergänzung zum Individualverkehr. Das **Zusammenspiel** von Bus, Bahn und anderen
1665 Verkehrsmitteln ist der Schlüssel zu einer modernen und flexiblen Mobilität. Mit
1666 dem Deutschlandticket haben wir den Tarifdschungel gelichtet und den Zugang
1667 radikal vereinfacht. Jetzt müssen die Verkehrsverbünde und Länder ihre
1668 verkrusteten Strukturen **aufbrechen** und notwendige Reformen umsetzen. Starre
1669 Linienverkehre werden wir durch **flexible, bedarfsgerechte Angebote** ergänzen. Die
1670 Grundlage dafür sind **verfügbare Daten** und digitale Plattformen. Durch die
1671 digitale Vernetzung **verschiedener** Verkehrsträger schaffen wir nahtlose
1672 Mobilitätsketten vom ersten bis zum letzten Kilometer, „**Mobility Hubs**“ bilden
1673 effiziente Umstiegsmöglichkeiten.

1674 **Für mehr Wettbewerb auf der Schiene**

1675 Die Bahn muss ein zuverlässiges Verkehrsmittel sein. Voraussetzung dafür ist
1676 mehr Wettbewerb auf der Schiene. Wir **trennen Netz- und Betrieb bei der Deutschen**
1677 **Bahn**, um die betriebliche Effizienz zu steigern, klare Verantwortlichkeiten zu
1678 schaffen und die Instandhaltung sowie den Ausbau der Infrastruktur zu
1679 optimieren. Mit einem Mix aus verstetigter Finanzierung, reformierten Strukturen
1680 und Anreizen durch Wettbewerb auf der Schiene werden wir diese Ziele erreichen.
1681 Die Finanzmittel des Bundes werden auf den Infrastrukturbereich konzentriert mit
1682 Schwerpunkt auf eine auskömmliche und verstetigte Investitions- sowie
1683 Aufwandsfinanzierung. Im Fernverkehr wollen wir eine Öffnung hin zu mehr
1684 Wettbewerb, um den Kunden ein breiteres und besseres Angebot zu ermöglichen. Die
1685 ambitionierte Sanierung der hauptverkehrsadern im Schienennetz werden wir
1686 überprüfen und bei nachgewiesenem Erfolg fortsetzen.

1687 **Klimaschutz im Luftverkehr marktwirtschaftlich und wettbewerbsneutral gestalten**

1688 Flugreisen sind für viele Menschen ein wichtiger Bestandteil ihres Lebens – sei
1689 es beruflich oder privat. Durch gute Rahmenbedingungen, Wettbewerb und
1690 Innovation wurden Flugreisen erschwinglich und für alle zugänglich. Das wollen
1691 wir erhalten. Weltweiter Passagier- und Güterverkehr durch die Luft ist Ausdruck
1692 eines starken und wettbewerbsfähigen Deutschlands. Damit das so bleibt,
1693 streichen wir die **Luftverkehrssteuer** und senken **Luftsicherheitsgebühren auf ein**
1694 **wettbewerbsfähiges Niveau**. Airlines und Flughäfen brauchen unternehmerische
1695 Freiheit statt staatlicher Gängelung. Die Modernisierung der
1696 Flughafeninfrastruktur darf nicht an staatlicher Bürokratie scheitern. Die EU-
1697 Quoten für nachhaltige Flugkraftstoffe dürfen europäische Airlines nicht
1698 einseitig belasten.

1699 **c. Mehr Bauen und besseres Wohnen**

1700 Wir Freie Demokraten wollen schnelleres und günstigeres Bauen möglich machen.
1701 Menschen brauchen bezahlbaren Wohnraum. In vielen Regionen Deutschlands ist
1702 Wohnraum knapp und teuer. Das wollen wir ändern!

1703 **Wohnungen für alle**

1704 Wir Freie Demokraten werden **die steuerlichen Abschreibungen im Wohnungsbau**
1705 **verbessern** – das macht Investitionen attraktiver und schafft schneller neuen
1706 Wohnraum. Die **Sonderabschreibung des Wachstumschancengesetzes** führen wir ohne
1707 **unnötige Einschränkungen fort**. Mit einem sofortigen **Baukostenmoratorium** stoppen
1708 wir staatliche Kostentreiber. Wir **beschleunigen Genehmigungsverfahren**, schaffen
1709 überflüssige Umweltgutachten ab und geben dem **Wohnungsbau Vorrang**. Mit
1710 einheitlichen Anforderungen und bundesweiten Genehmigungsstandards bringen wir
1711 das **serielle Bauen** voran. Wir werden überzogene Bau-Auflagen abbauen und auf
1712 sinnvolle Mindeststandards bei Gebäudeenergie, Brand- und Gesundheitsschutz
1713 sowie Statik reduzieren. Der von uns auf den Weg gebrachte **Gebäudetyp E** sollte
1714 eine Blaupause für die Entrümpelung des Baurechts sein. Dafür brauchen wir eine
1715 **Bund-Länder-Offensive für den Bau**. Denn das Bauordnungsrecht wird im
1716 Wesentlichen durch die Landesbauordnungen geregelt. Hier müssen Erleichterungen
1717 nach dem Vorbild des Gebäudetyps E geschaffen werden.

1718 Neben der **Nachverdichtung und Aufstockung vereinfachen wir auch** die Ausweisung
1719 **neuer Bauflächen**. Reagiert die Behörde nicht fristgerecht, gilt der Bauantrag
1720 als genehmigt (**Genehmigungsfiktion**). Wir Freie Demokraten werden den
1721 **rechtlichen Rahmen** für durchgehend digitale Planung schaffen und den Einsatz
1722 **entsprechender Systeme** in Behörden stärken. **Digitale Gebäudemodelle (BIM)** machen
1723 wir **durch** einheitliche Standards und Schnittstellen zum neuen Planungsstandard.
1724 Bei der Stadtplanung wollen wir digitalen Technologien und Daten nutzen, um das
1725 Leben der Bürger zu verbessern und Städte zu Smart Cities weiterentwickeln. Ein
1726 KI-gestütztes Verkehrsmanagement soll Verkehrsströme intelligent steuern und die
1727 Infrastrukturnutzung optimieren. Die flexible Nutzung von Seitenstreifen und
1728 digitale Echtzeiterfassung von Parkplätzen sind dabei wichtige Bausteine.

1729 **Faire Regeln für Mieter und Vermieter**

1730 Wir Freie Demokraten wollen ausgewogene Regeln zwischen Mietern und Vermietern.

1731 Viele private Vermieter ziehen sich aus dem Markt zurück, weil Vermieten durch
1732 komplizierte Regelungen unattraktiv geworden ist. Das verschärft den
1733 Wohnungsmangel. Wir vereinfachen daher das Nebenkostenrecht. Die Mietpreisbremse
1734 ist nachweislich eine Investitionsbremse. Deshalb lassen wir sie auslaufen. Um
1735 Anreize für den dringend notwendigen Neubau zu schaffen, durchbrechen wir die
1736 staatliche Regulierungsspirale im Mietmarkt. Einen bundesweiten Mietendeckel
1737 wird es mit uns nicht geben. Zudem werden wir die starren Kappungsgrenzen bei
1738 energetischen Sanierungen lockern, damit die Modernisierung des Gebäudebestands
1739 vorankommt. Davon profitieren auch die Mieter. Denn solche Sanierungen senken
1740 die Nebenkosten.

1741 Gezielte Unterstützung durch Wohngeld

1742 Wir wollen Menschen gezielt dort unterstützen, wo das Einkommen trotz Arbeit und
1743 Fleiß nicht zum Leben reicht. Das Wohngeld ist dafür das richtige Instrument –
1744 es hilft flexibel und passgenau. Allerdings führt das komplexe Zusammenspiel von
1745 Wohngeld, Bürgergeld und weiteren Sozialleistungen zu oft dazu, dass sich
1746 Arbeit, insbesondere in Vollzeit, nicht lohnt. Wir werden dieses System neu
1747 justieren: Durch bessere Abstimmungen der verschiedenen Leistungen schaffen wir
1748 klare Anreize für mehr Erwerbstätigkeit und unterstützen zielgenau.

1749 Eigentüternation Deutschland

1750 Wohneigentum ist zentral für Vermögensaufbau und Altersvorsorge. Wir wollen,
1751 dass der Traum vom Eigenheim für mehr Menschen zur Realität werden kann. Wir
1752 wollen, dass Deutschland eine Eigentüternation wird: Dafür senken wir die
1753 Hürden. Mit einem Grunderwerbsteuerfreibetrag von 500.000 EUR für die erste
1754 selbst genutzte Immobilie von natürlichen Personen erleichtern wir den Zugang zu
1755 Eigentum. Nach Schweizer Vorbild sollen Mittel aus der betrieblichen
1756 Altersvorsorge für den Eigentumserwerb genutzt werden können – eine zusätzliche,
1757 flexible Finanzierungsquelle. Die Spekulationssteuer beim Verkauf
1758 selbstgenutzter Immobilien schaffen wir ab, um flexibler auf Lebensumstände
1759 reagieren zu können. Auch den steuerfreien Verkauf an die eigenen Mieter
1760 innerhalb der Spekulationsfrist befürworten wir. (zu konsentieren) Wer eine
1761 geerbte Immobilie mindestens 10 Jahre lang hält, soll wie der Erbe eines
1762 Betriebsvermögens behandelt werden und steuerfrei erben können.

1763 Freiheit im Heizungskeller: CO2-frei, aber bezahlbar

1764 Wir Freie Demokraten sind überzeugt: Eine warme Wohnung mit moderner,
1765 klimafreundlicher Heizung ist möglich – wirtschaftlich und technologieoffen. Wir
1766 setzen auf innovative Lösungen, die den Klimaschutz fördern und gleichzeitig
1767 bezahlbar bleiben. Statt unzähliger Einzelvorschriften setzen wir auf eine
1768 marktwirtschaftliche Lösung – den CO2-Zertifikatehandel. Das Heizungsgesetz mit
1769 seinen überzogenen Vorgaben muss vollständig auslaufen. Um die sozialen Kosten
1770 des Klimaschutzes abzufedern, wollen wir Freie Demokraten eine Klimadividende
1771 einführen und die Energiebesteuerung drastisch absenken. Einen Zwang zum
1772 Anschluss an Fernwärmenetze lehnen wir ab.

1773 d. Unternehmerische Landwirtschaft

1774 Landwirtschaft besitzt für Deutschland eine herausragende ökonomische Bedeutung,

1775 die weit über die Produktion von Lebensmitteln hinausgeht. Wir Freie Demokraten
1776 setzen uns daher für eine unternehmerische Landwirtschaft in Deutschland ein.

1777 **Unternehmerische Landwirtschaft stärken, innovative Technik fördern**

1778 Landwirte sind Unternehmer. Wir werden die Agrarpolitik stärker am
1779 unternehmerischen Handeln der Landwirte ausrichten. Durch den Fokus auf
1780 Produktivitätssteigerung und Innovationen statt ineffektiver Subventionen machen
1781 wir Landwirte unabhängig von staatlichen Zuwendungen. Zwecklose und
1782 unverhältnismäßige **Dokumentationspflichten und Auflagen schaffen wir ab**. Auf EU-
1783 Ebene drängen wir weiter auf die Rücknahme bremsender Regulierung. In der neuen
1784 Förderperiode der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik ab 2027 sollen Produktivität und
1785 Technologien stärker gefördert werden. Knappe Haushaltsmittel müssen prioritär
1786 zur **nachhaltigen Intensivierung** eingesetzt werden. Wer digitale Technologien
1787 nutzt, wird von Dokumentationspflichten und Auflagen befreit. Wir werden
1788 Innovationsgeist und Fortschritt belohnen, statt durch kleinteilige Vorschriften
1789 in die betrieblichen Abläufe hineinzuregieren. Die **Möglichkeiten der grünen**
1790 **Biotechnologie**, insbesondere den neuen Züchtungsmethoden erweitern den
1791 landwirtschaftlichen Werkzeugkasten. Mit ihnen können wir landwirtschaftliche
1792 Produktivität und Umweltschutz vereinen. **Zulassungsprozesse von**
1793 **Pflanzenschutzmitteln** werden wir **vereinfachen und beschleunigen**. In der
1794 Tierhaltung bieten digitale Innovationen wie KI-gesteuerte Systeme zur Erkennung
1795 von Tierwohl eine enorme Chance, den Verbraucherwünschen nachzukommen.
1796 Gleichzeitig sichern wir damit landwirtschaftliche Einkommen.

1797 **Ernährungsinnovationen ermöglichen und Wahlfreiheit der Verbraucher erhalten**

1798 Für uns Freie Demokraten basiert eine verantwortungsvolle Ernährungspolitik auf
1799 Verbraucherkompetenz, Bildung und Wahlfreiheit. Wir wollen das Zulassungssystem
1800 für innovative Lebensmittelprodukte verbessern. **Biotechnologische Entwicklungen**,
1801 die in der Medizin bereits vielen Menschen geholfen haben, können auch in der
1802 Ernährung dazu beitragen, **gesündere Produkte** auf den Markt zu bringen.
1803 Innovationen verbessern die Qualität, Sicherheit und Nachverfolgbarkeit unserer
1804 Lebensmittel. Sie sorgen dafür, dass Verbraucher gesunde und vertrauenswürdige
1805 Produkte erhalten können. Eine gesunde Ernährung gelingt aber nur, wenn auch die
1806 Verbraucher selbst bereit sind, ihre Essgewohnheiten zu hinterfragen und aktiv
1807 zu verändern. Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen die nötigen Informationen
1808 erhalten, um selbstbewusste Entscheidungen zu treffen. Gemeinsam mit den
1809 Bundesländern wollen wir **Bildungsprogramme stärken** und effektiver gestalten.
1810 Eingriffe in Rezepturen lehnen wir ab. Produkte, die sicher und gesund sind,
1811 sollen auch weiterhin transparent und positiv beworben werden können, damit
1812 Verbraucher die Wahl haben, was am besten zu ihrem Leben passt.

1813 **Multifunktionale Waldwirtschaft**

1814 Wir schaffen Freiräume und Handlungsspielräume für eine **nachhaltige**
1815 **Waldwirtschaft**. Eigentumseingriffe und übergriffige Bewirtschaftungsvorschriften
1816 wird es mit uns nicht geben. Das bestehende Bundeswaldgesetz hat sich bewährt.
1817 Die geplante europarechtliche Regelung zu entwaldungsfreien Lieferketten sind
1818 praxisuntauglich. Den klimaresilienten Waldumbau mit standortgerechten, auch
1819 nicht-heimischen Baumarten unterstützen wir, denn bewirtschaftete Wälder
1820 schützen unser Klima, schaffen Arbeitsplätze im ländlichen Raum und reduzieren

1821 Rohstoffabhängigkeiten. Sämtliche **Nutzung von Holz ist klimaneutral** und muss
1822 auch rechtlich so behandelt werden.

1823 **Sicherung der Artenvielfalt durch den gelebten Naturschutz von Jägern**

1824 Für uns Freien Demokraten ist die **Jagd ein unverzichtbarer Teil nachhaltiger**
1825 **Landnutzung und Schutz der Biodiversität**. Durch verantwortungsbewusstes
1826 Wildtiermanagement und die Möglichkeit, neue und invasive Arten zu regulieren,
1827 schützen wir das ökologische Gleichgewicht und unsere Landschaften. Wir Freie
1828 Demokraten werden ein **aktives Bestandsmanagement** von unter anderem Wolf und
1829 Kormoran **durch Bejagung** einführen. Wir setzen uns für eine europäische
1830 Fischereipolitik ein, die Nachhaltigkeit, soziale Aspekte und wirtschaftliche
1831 Stabilität gleichermaßen berücksichtigt. Wir Freie Demokraten erkennen den
1832 gelebten Natur- und Artenschutz von Landwirten, Jägern und Anglern an.

1833 **VII. Freiheit, Sicherheit und Menschenrechte weltweit**

1834 Die Welt ist in großer Unruhe: Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die
1835 europäische Ordnung tiefgreifend erschüttert. Putins aggressives Vorgehen zeigt
1836 deutlich, dass Deutschland und die europäischen Partner zu lange und zu wenig
1837 Verantwortung für die eigene Sicherheit übernommen haben. Gleichzeitig fordert
1838 das Wirken Chinas Deutschland und die EU zusätzlich wirtschaftlich,
1839 technologisch, gesellschaftlich und geopolitisch heraus. Es sind die
1840 Auswirkungen der zunehmenden Systemrivalität zwischen liberalen Demokratien und
1841 autoritären Regimen, die inzwischen auch Deutschland, die EU und andere
1842 Verbündete insgesamt treffen. Der heimtückische Angriff der Hamas auf Israel hat
1843 den ungelösten Nahostkonflikt eskalieren lassen. Die USA bleiben auch nach der
1844 erneuten Wahl von Donald Trump als US-Präsident unser engster Verbündeter und
1845 Partner. Dennoch ist es jetzt wichtiger denn je, dass Deutschland selbst und
1846 innerhalb der EU und NATO Handlungsfähigkeit beweist. Dafür brauchen wir eine
1847 EU, die ihr Fundament aus Freiheit, Rechtsstaat, Menschenrechten, Demokratie und
1848 sozialer Marktwirtschaft aktiv verteidigen kann.

1849 Die geopolitische Gesamtlage verdeutlicht den erheblichen Reformdruck auf die
1850 deutsche Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik. Wenn sich so vieles
1851 ändert, müssen wir uns ebenfalls ändern. Wir Freie Demokraten sind überzeugt,
1852 dass Realpolitik und der Einsatz für Freiheit und Menschenrechte weltweit keine
1853 Gegensätze sein müssen.

1854 **a. Verteidigungsfähigkeit ausbauen**

1855 Spätestens durch Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine ist klargeworden:
1856 Deutschland muss mehr für seine Verteidigung tun. Wir brauchen dafür eine
1857 **sicherheitspolitische Zeitenwende**, die diesen Namen auch verdient, denn der
1858 Krieg ist nach Europa zurückgekehrt.

1859 **Umfängliche Unterstützung für die Ukraine**

1860 Für uns Freie Demokraten steht fest, dass die Verteidigung der Ukraine nicht am
1861 Geld und an Waffenlieferungen scheitern darf, da ein russischer Sieg teurer sein
1862 wird und in der Ukraine auch unsere Freiheit verteidigt wird. Echten Frieden in
1863 Europa wird es nur geben, wenn Putin mit seinem aggressiven Kurs keinen Erfolg

1864 hat. Die Ukraine muss in die Lage versetzt werden, sich jederzeit gegen
1865 russische Angriffe verteidigen zu können. Dazu zählt für uns auch die
1866 Verteidigung gegen Abschussbasen und Nachschublinien auf russischer Seite mit
1867 weitreichenden Waffen. Daher fordern wir die **unverzügliche Lieferung des**
1868 **Marschflugkörpers Taurus.**

1869 Wir Freie Demokraten setzen uns zudem dafür ein, eine **auskömmliche, dauerhafte**
1870 **und gerecht verteilte Finanzierung der Unterstützung der Ukraine innerhalb der**
1871 **NATO/EU/G7-Staaten** insbesondere auch durch die **Nutzung der eingefrorenen**
1872 **russischen Vermögenswerte** zu erreichen, soweit dies rechtlich möglich ist. Unser
1873 Ziel ist die **Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine.**
1874 Gleichzeitig unterstützen wir perspektivisch ihren **Beitritt zu EU und NATO.**

1875 **Mehr Verantwortung gegenüber unseren Partnern**

1876 Deutschland braucht **starke Bündnisse**, um den außenpolitischen Herausforderungen
1877 zu begegnen. Wir stehen **fest zu unseren Bündnissen wie der transatlantischen**
1878 **Freundschaft mit den USA und der NATO** – unabhängig davon, welcher Präsident im
1879 Weißen Haus sitzt. Dennoch müssen Deutschland und die europäischen Partner **mehr**
1880 **Verantwortung für die eigene Verteidigung und die unserer Bündnispartner**
1881 **übernehmen** und in der Lage sein, **sicherheitspolitisch glaubhaft abschrecken** zu
1882 können. Der Bedrohung durch Putins Russland müssen wir **Diplomatie und**
1883 **militärische Stärke** entgegensetzen.

1884 Wir Freie Demokraten stehen uneingeschränkt zur **NATO als das erfolgreichste**
1885 **Verteidigungsbündnis** der Welt und als **Garant für unsere Sicherheit.** Wir setzen
1886 uns dafür ein, dass Deutschland die **NATO-Anforderungen und -Ziele** vollumfänglich
1887 erfüllt. Hierzu gehört, dass Deutschland **mindestens das 2%-Ziel der NATO,**
1888 **perspektivisch sogar 3% (zu konsentieren), erfüllt.** Wenn die NATO höhere Ziele
1889 vereinbart, werden wir auch diese erfüllen **und noch mehr** in unsere Sicherheit
1890 investieren. Den **europäischen Pfeiler der NATO wollen wir stärken** und dadurch
1891 die **Handlungsfähigkeit der EU-Partner im Bündnis erhöhen.** Dementsprechend müssen
1892 die europäischen **NATO-Partner mehr Verantwortung übernehmen.** Voraussetzung
1893 hierfür ist, die **Zusammenarbeit der EU-Partner in der NATO enger zu verzahnen.**

1894 **Verteidigungsfähigkeit ausbauen – für eine starke Bundeswehr**

1895 Wir wollen die **Bundeswehr zur stärksten konventionellen Streitkraft in Europa**
1896 machen. Deutschland soll in enger Abstimmung mit Frankreich starker
1897 **Kooperationspartner** für kleinere europäische Partner werden. Unser langfristiges
1898 Ziel ist der **Aufbau einer Europäischen Armee, auch als ein integraler**
1899 **Bestandteil der Stärkung des europäischen Pfeilers innerhalb der NATO.** Unseren
1900 Gegnern muss klarwerden, dass wir **in der Lage und willens sind, uns militärisch**
1901 **erfolgreich verteidigen zu können.** Dazu braucht die Bundeswehr eine **bessere**
1902 **Finanzierung und Ausstattung.** Wir Freie Demokraten setzen uns für eine
1903 **professionelle Freiwilligenarmee** und eine **nationale Datenbank** zur Erfassung
1904 wehrfähiger Männer und Frauen ein. Wir orientieren uns hierbei an den
1905 **Fähigkeitszielen der NATO. Die Wiedereinsetzung der allgemeinen Wehrpflicht**
1906 **lehnen wir ab.** Die Attraktivität des Dienstes bei der Bundeswehr soll durch
1907 **hervorragende Rahmenbedingungen** wie Gehalt sowie gesellschaftliche Vorteile
1908 massiv gesteigert werden.

1909 Um dem Anspruch der Verteidigungsfähigkeit gerecht zu werden, muss Deutschland
1910 sein Handeln zudem **strategisch und institutionell einheitlicher** aufstellen.
1911 Deshalb darf es **kein „Weiter so“ in der deutschen Sicherheitspolitik** geben. Wir
1912 wollen daher einen **Nationalen Sicherheitsrat** einrichten, der Risiken frühzeitig
1913 identifiziert, eine sinnvolle Entscheidungsfindung ermöglicht und gemeinsame
1914 Strategien entwickelt.

1915 **b. Für kluge Außenpolitik im Zeitalter systemischer Rivalität**

1916 Wir befinden uns im Zeitalter **systemischer Rivalität zwischen aggressiven**
1917 **Autokratien einerseits und liberalen Demokratien andererseits**. Staaten wie China
1918 und Russland streben eine andere Weltordnung an, in der sie das Völkerrecht und
1919 die Menschenrechte untergraben, die Welt in Einflusszonen aufteilen und das
1920 Recht des Stärkeren durchsetzen wollen. Wir lehnen dies ab und setzen uns
1921 stattdessen für eine **multilaterale Weltordnung** ein, in der die **Stärke des Rechts**
1922 **und nicht das Recht des Stärkeren** gilt. Wir stehen für eine regelbasierte
1923 internationale Ordnung, die für alle gilt. Dazu gehört auch das Bekenntnis zur
1924 **Universalität der Menschenrechte**. Wir fordern daher, dass
1925 **Menschenrechtsverletzungen, Unterdrückung und Diskriminierungen konsequenter**
1926 **geahndet** werden. Autoritäre Staaten wie Russland und China **versuchen**
1927 insbesondere Staaten des Globalen Südens in ihren eigenen Einflussbereich zu
1928 ziehen, etwa im Rahmen der Erweiterung der BRICS-Staatengruppe. Um diesen
1929 durchschaubaren Versuchen zuvorzukommen, braucht Deutschland eine Außen- und
1930 Entwicklungspolitik, die aufstrebenden mittleren Mächten in Afrika,
1931 Lateinamerika und Asien attraktivere Angebote zur Zusammenarbeit macht als
1932 bisher.

1933 **Mehr Selbstbewusstsein im Umgang mit Putins Russland**

1934 Wladimir Putin hat den Krieg zurück nach Europa gebracht. Wir Freie Demokraten
1935 **verurteilen den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf die Ukraine** auf das
1936 Schärfste. Wir fordern, dass **russische Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die**
1937 **Menschlichkeit und das Aggressionsverbrechen** strafrechtlich verfolgt werden.
1938 Ferner setzen wir uns konsequent für **Wirtschaftssanktionen** inklusive eines
1939 möglichst **umfangreichen Handelsembargos, diplomatische Maßnahmen, Visaentzüge**
1940 **gegen die russische Führung und weitere Verantwortliche** ein. Wir unterstützen
1941 zudem **Sekundärmaßnahmen** gegen Drittstaaten, die Sanktionen gegen Russland
1942 umgehen. Putins Russland ist unser Gegner.

1943 **Es gibt kein Zurück zum Status Quo vor dem Angriffskrieg** gegen die Ukraine. Dies
1944 betrifft insbesondere die Abhängigkeit von russischer Energie. Wir Freie
1945 Demokraten einen **EU-weiten Ausstiegsplan aus russischen Energiekäufen**. Die Nord-
1946 Stream 1 und 2 Pipelines wollen wir zurückbauen, da diese von Anfang an ein
1947 geopolitisches Instrument Putins waren, um die Europäer zu spalten.

1948 Die russische Zivilgesellschaft und alle Menschen, die sich für ein freies, ein
1949 demokratisches, ein friedliches Russland einsetzen, möchten wir unterstützen.
1950 Russlands Destabilisierungsversuche in seinen europäischen Nachbarstaaten
1951 verurteilen wir scharf.

1952 **Beziehungen zu China anpassen – für weniger Abhängigkeiten und mehr**
1953 **Unterstützung Taiwans**

1954 Unsere Beziehungen mit **China** sind durch Chinas autokratischeres Agieren und
1955 aggressives internationales Auftreten belastet. Unter Xi Jinping hat es sich zu
1956 einem **systemischen Rivalen** entwickelt. Das erfordert eine **Anpassung der**
1957 **deutschen und europäischen China-Politik**. Wir Freie Demokraten wollen unsere
1958 Wirtschaftsbeziehungen mit China, so weit wie sinnvoll, beibehalten.
1959 Gleichzeitig müssen wir **wirtschaftliche Abhängigkeiten identifizieren und**
1960 **reduzieren**. Daher fordern wir ein „de-risking“ bei Importen aus China in
1961 sicherheitsrelevanten Bereichen und in Schlüsselbereichen der Wirtschaft ein.
1962 Kritische Infrastruktur muss wirksam vor chinesischer Einflussnahme geschützt
1963 werden.

1964 Für uns ist klar, dass wir gleichzeitig **gute Rahmenbedingungen für Unternehmen**
1965 schaffen müssen. Hierzu gehören **neue Handelsabkommen** mit anderen Partnern und
1966 ein strategisches Auftreten der EU gegenüber der subventionierten Überproduktion
1967 der chinesischen Wirtschaft. Wir fordern, der Schwemme illegaler Billigprodukte
1968 aus China europaweit den Kampf anzusagen und setzen uns für eine **harte**
1969 **Durchsetzung geltenden Rechts**, wie dem Digital Services Act, aber auch mit einer
1970 besseren Koordinierung von Marktüberwachungs- und Zollbehörden in Europa und
1971 Deutschland ein. Wir Freie Demokraten unterstützen zielgerichtete EU-Sanktionen
1972 gegen chinesische Offizielle, die für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich
1973 sind. Wir unterstützen die **demokratische und rechtsstaatliche Entwicklung in**
1974 **Taiwan und befürworten Taiwans Einbindung in internationale Organisationen**,
1975 soweit dies unterhalb der Schwelle einer staatlichen Anerkennung erfolgen kann.
1976 Wir wollen die **bilaterale wirtschaftliche Kooperation ausweiten** und setzen uns
1977 auf europäischer Ebene deshalb für ein **freihandelsähnliches Abkommen mit Taiwan**
1978 an. Auf europäischer Ebene wollen wir ebenfalls, dass zeitnah Gespräche über ein
1979 Investitionsabkommen mit Taiwan aufgenommen werden. Zudem wollen wir gemeinsam
1980 mit den Ländern im Indo-Pazifik die globalen Zukunftsaufgaben angehen.

1981 **Diplomatie statt moralischer Zeigefinger – für mehr Realismus in der**
1982 **Außenpolitik**

1983 **Realpolitik** und der **Einsatz für Freiheit und Menschenrechte** müssen keine
1984 Gegensätze sein – davon sind wir fest überzeugt. Dazu braucht es allerdings eine
1985 deutsche Außenpolitik, die **mehr auf Zusammenarbeit und weniger auf den**
1986 **moralischen Zeigefinger** setzt. Wir stehen deshalb für eine kluge Balance
1987 zwischen einer wertegeleiteten Außenpolitik und einem interessenorientierten
1988 Ansatz. Durch einen **respektvollen Ausbau der Zusammenarbeit** mit konkreten
1989 Angeboten kann eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland
1990 attraktiver werden.

1991 **Entwicklungszusammenarbeit neu ausrichten**

1992 Wir Freie Demokraten fordern eine **strukturelle Neuausrichtung der**
1993 **Entwicklungszusammenarbeit** und ihrer Institutionen. Im Ringen um die
1994 multilaterale Weltordnung müssen die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit
1995 **strategisch entlang der wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen**
1996 **Deutschlands und der EU priorisiert** werden. Bei Strafverschärfungen gegen
1997 LSBTIQ-Menschen und Menschenrechtsverteidiger und dem Abbau von Frauenrechten
1998 wollen wir die Entwicklungszusammenarbeit so anpassen, dass sie die betreffenden
1999 Minderheiten und Gruppen weiter erreicht. Dazu muss Deutschland auch mit

2000 regierungsfernen Partnern arbeiten und notfalls die Streichung von Budgethilfen
2001 prüfen oder die Zusammenarbeit mit staatlichen Einrichtungen beenden.

2002 c. Deutschland und Israel

2003 Der hinterhältige Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 hat den
2004 Nahost-Konflikt neu entfacht, mit erheblichen Auswirkungen auf die gesamte
2005 Region und ihre Nachbar-Staaten. Deutschland muss aktiv dazu beitragen, dass die
2006 EU gemeinsam mit den USA und weiteren Partnern sowie allen relevanten Staaten
2007 der Region nach einer langfristigen politischen Friedenslösung für den Nahen
2008 Osten sucht.

2009 Die Sicherheit Israels ist deutsche Staatsräson

2010 Für uns Freie Demokraten ist klar: Die **Existenz und Sicherheit Israels** ist
2011 **deutsche Staatsräson** und ein **unverzichtbarer Pfeiler deutscher Außen- und**
2012 **Sicherheitspolitik**. Als Land der Täter trägt Deutschland eine herausragende
2013 historische Verantwortung für die Sicherheit des jüdischen Staates Israel. Wir
2014 müssen Israel alles zur Verfügung stellen, was es für sein **völkerrechtlich**
2015 **garantiertes Recht auf Selbstverteidigung** braucht. Wir sind überzeugt, dass
2016 **Rüstungsexporte ein legitimes Mittel der Außen- und Sicherheitspolitik** sind.
2017 Denn sie dienen dazu, strategische Partnerschaften zu stärken und die Stabilität
2018 in geopolitisch wichtigen Regionen zu sichern. Israel muss daher bei
2019 **Rüstungsexporten mit den NATO-Staaten gleichgestellt** werden. Wir treten für ein
2020 verhandeltes **Zwei-Staaten-Modell** als geeignetste Lösung ein, um dauerhaft die
2021 Sicherheit Israels zu garantieren. das Leiden der Menschen auf allen Seiten zu
2022 beenden und die Schaffung eines souveränen, demokratischen und lebensfähigen
2023 Staates Palästina zu ermöglichen.

2024 Konsequent gegen Antisemitismus

2025 In Deutschland ist jüdisches **Leben** verstärkt durch antisemitische Gewalt
2026 gefährdet. Wir Freie Demokraten wollen, dass sich Jüdinnen und Juden überall in
2027 Deutschland sicher fühlen können. Jüdisches Leben gehört in die Öffentlichkeit
2028 und muss dort angstfrei gelebt werden können. **Antisemitismus muss deshalb**
2029 **konsequenter bekämpft werden** – unabhängig davon, aus welcher Richtung dieser
2030 kommt. Dafür müssen Behörden **alle Formen von Antisemitismus frühzeitig erkennen**.
2031 Es dürfen **zudem keine staatlichen Gelder für Organisation und Projekte**
2032 **ausgegeben werden, die das Existenzrecht Israels in Frage stellen**. Wir wollen
2033 **zudem mehr Betätigungs- und Organisationsverbote** für antisemitische
2034 Organisationen.

2035 d. Deutschland in der Europäischen Union

2036 Die Europäische Union ist eine einzigartige Erfolgsgeschichte. Sie hat den
2037 Menschen in den Mitgliedstaaten Frieden, Freiheit, Sicherheit, Fortschritt und
2038 Wohlstand gebracht. Diese Erfolgsgeschichte müssen wir jetzt durch mutige
2039 Reformen sichern und fortschreiben.

2040 Für ein handlungsstarkes und souveränes Europa

2041 Wir Freie Demokraten wollen, dass die **Strategische Souveränität der EU**
2042 weiterentwickelt wird. Für uns bedeutet das in erster Linie **eigenständige**

2043 **Handlungsfähigkeit.** Die EU muss sich als Global Player in einer sich
2044 verändernden Weltordnung selbst behaupten können. Mit den erforderlichen Mitteln
2045 ausgestattet, könnte die EU in Zukunft ihre eigenen Interessen und Werte besser
2046 durchsetzen und in wichtigen Bereichen weniger abhängig und verwundbar werden.
2047 Dafür **sind institutionelle Reformen der EU** notwendig. Wir Freie Demokraten
2048 setzen uns insbesondere für eine **Verkleinerung der Kommission**, ein
2049 **Initiativrecht des Europäischen Parlaments** sowie **qualifizierte**
2050 **Mehrheitsentscheidungen** in der gemeinsamen EU-Außen- und Sicherheitspolitik ein.

2051 Wir fordern, dass die ehrgeizigen **Ziele des strategischen Kompasses der EU**,
2052 **einem Aktionsplan zur Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU**,
2053 **konsequenter von den Mitgliedsstaaten verfolgt werden.** Die Ausgestaltung des
2054 **strategischen Kompasses** soll sich anhand der verschärften Bedrohungslage durch
2055 Russland anpassen. Dazu gehört auch eine **schnellere Koordinierung bei**
2056 **Entscheidungen** und die Fähigkeit, geschlossen mit **einer Stimme sprechen** zu
2057 können. Wir Freie Demokraten setzen uns daher für **qualifizierte**
2058 **Mehrheitsentscheidungen in der Außen- und Sicherheitspolitik der EU** ein. Ebenso
2059 wollen wir die **europäische Verteidigungsindustrie stärken**, indem sie **leichter**
2060 **Zugang zu Kapital** erhält. Wir setzen uns darüber hinaus für eine noch **tiefer**
2061 **Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich**, insbesondere in Fragen der
2062 Sicherheit und Verteidigung.

2063 **EU-Erweiterung anhand klarer Kriterien**

2064 Institutionelle Reformen sind auch notwendig, **um die EU auf die nächste**
2065 **Erweiterungsrunde vorzubereiten.** Denn **der Beitritt der westlichen Balkanregion,**
2066 **der Moldau und der Ukraine in die EU gemäß der Kopenhagener Kriterien** ist im
2067 deutschen und europäischen Interesse. Wir fordern, dass die **Finanzmittel der**
2068 **Europäischen Union besser entlang der Zukunftsaufgaben verteilt werden** – hin zu
2069 Innovation, Forschung und Außen- und Verteidigungspolitik.

2070 Wir Freie Demokraten wollen die **EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei in der**
2071 **jetzigen Form beenden.** Grundlage für eine Mitgliedschaft bleiben die
2072 Kopenhagener Kriterien, **bzw. ein funktionierender Rechtsstaat, die Achtung der**
2073 **Menschenrechte, der Schutz von Minderheiten sowie des internationalen**
2074 **Völkerrechts.** Anforderungen, die die Türkei Erdogans nicht erfüllt.

2075 **e. Mehr Freihandel wagen**

2076 Deutschland ist eine Exportnation. Unser Wohlstand hängt stark von guten und
2077 **wettbewerbsfähigen Produkten** ab, die wir in alle Welt verkaufen. Mehr geregelter
2078 **Handel** mit mehr Partnern macht uns wirtschaftlich und geopolitisch unabhängiger
2079 von einzelnen Ländern, besonders von Autokratien wie China, schützt vor
2080 Protektionismus und sichert und schafft deutsche Arbeitsplätze.

2081 Wir Freie Demokraten fordern die EU auf, **so viele Freihandelsabkommen wie**
2082 **möglich abzuschließen.** Wir setzen uns daher dafür ein, ausgehandelte
2083 **EU-Freihandelsabkommen** sowie laufende Verhandlungen vor allem mit **Indonesien,**
2084 **Australien, Thailand, den Philippinen und Malaysia** zügig abzuschließen. Das
2085 **Mercosur** Abkommen öffnet unseren Unternehmen neue Märkte, stärkt
2086 Klimaschutzambitionen und hebt die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit
2087 Lateinamerika auf ein neues Niveau. Wir Freie Demokraten engagieren uns für eine

2088 unverzügliche Ratifizierung des Mercosur Abkommens. Weitere Abkommen zur
2089 Stärkung unserer Wirtschaft sollen auf den Weg gebracht werden. **Sichere**
2090 **Produkte, faire Wettbewerbsbedingungen** und ein **Level Playing Field** bleiben
2091 unabdingbare Voraussetzungen für Freien Handel und offene Märkte zum Wohle
2092 unserer Wirtschaft. Wir setzen uns für **mehr wirtschaftliche Abkommen** und
2093 **Investitionspartnerschaften** sowie Partnerschaften im Bereich Rohstoffe oder
2094 grüne Technologien insbesondere mit mittleren Mächten ein. Wir stehen für werte-
2095 und regelbasierten Handel und zugleich mehr **Pragmatismus in der EU-**
2096 **Handelspolitik**: Sind unsere Partner offen für ein umfassendes
2097 Freihandelsabkommen, streben wir dies an. Für uns Freie Demokraten ist der
2098 **Ausbau der transatlantischen Handelsbeziehungen** ein Schwerpunkt, mindestens
2099 durch sektorale Abkommen (z.B. einem Industriezölle-Abkommen), einer
2100 Institutionalisierung des Trade and Technology Council (TTC) sowie einem
2101 gemeinsamen Vorgehen im Bereich der Wirtschaftssicherheit. Wir unterstützen aber
2102 auch **sektorale Handelsabkommen**, um einen schnellen Fortschritt zu ermöglichen,
2103 dies könnte beispielsweise eine Alternative zu den stockenden Verhandlungen zu
2104 einem umfassenden Freihandelsabkommen mit **Indien sein. Den europäischen**
2105 **Binnenmarkt wollen wir vertiefen**– vor allem für Arbeit, Energie, Kapital und
2106 digitale Dienstleistungen.